

Berlin kann mehr.

Wahlprogramm der CDU Berlin zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses am 17. September 2006

Beschlossen auf dem
Landesparteitag am 1. Juli 2006



CDU

Berlin kann mehr.

Inhaltsverzeichnis

Präambel: Berlin kann mehr.....	4
1. Berlin kann mehr – Aufbruch zu Wachstum und Beschäftigung.....	9
2. Leistung, Qualität, Werte – den Schülern eine Zukunft geben	19
3. Familie und Kinder bedeuten Zukunft	25
4. Das Recht durchsetzen: Null Toleranz	31
5. Ein lebendiges und solidarisches Berlin	37
6. Neue Wege in der Integrationspolitik.....	48
7. Kulturmetropole Berlin.....	54

Präambel

Berlin kann mehr.

Berlin braucht eine Vision, die über die Routine der Stadtpolitik hinausgeht. Berlin muss in zehn Jahren wieder eine Metropole voller Zukunft, Energie und Optimismus werden. Berlin steht für Weltklasse, doch wird Berlin unter Wert regiert.

Auf jedem Feld der Politik bietet die CDU zukunftsweisende und überlegte Konzepte an, die sich von den überlebten und erfolglosen Rezepten des Senats absetzen.

Wir glauben an Berlin. Berlin ist eine großartige Stadt mit einer reichen Geschichte. Die Berliner sind stolze Bürger ihrer Stadt. Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands. In keiner anderen Stadt Deutschlands ist die deutsche Geschichte so allgegenwärtig wie in Berlin: vom Glanz Preußens über die dunklen Jahre des Nationalsozialismus bis zur Freude über die Wiedervereinigung und Einheit. Berlin vergisst nie die Lehren dieser Geschichte mit ihren Tiefen und ihren Höhen. Ohne auf andere herabzublicken: Wir lieben Deutschland und Berlin! Wir sind stolz auf unser Land und unsere Stadt.

Wir sind davon überzeugt, dass Berlin mehr leisten kann und muss. Berlin steht im Fokus aller Probleme und Sorgen, die Deutschland hat: Generationenkonflikt, Verschuldung öffentlicher Haushalte, unterfinanziertes Gesundheitssystem, schlechte Schulbildung, wachsende Armut, Kriminalität, bleibende Gegensätze zwischen Ost und West, Deutschen und Nichtdeutschen. Aber Berlin ist eine junge und kreative Stadt, eine Wissenschafts- und Kulturmetropole, ein intellektuelles und geistiges Zentrum. Berlin ist immer im Werden, widersprüchlich, nie fertig.

Wir wollen die Chancen Berlins nutzen. Berlin ist einzigartig. Nur in Berlin bestand die einmalige Situation, zwei gesellschaftlich unterschiedlich geprägte Stadthälften wiederzuvereinigen. Berlin ist vielfältig. Es gibt drei Universitäten, 14 Fachhochschulen, zwei Tierparks, drei Opernhäuser, unzählige Theater, Museen, Orchester, Chöre, Denkmäler und Gedenkstätten. Berlin besitzt zwölf `Großstädte in der Stadt`. Die Bezirke garantieren eine bürgernahe Verwaltung für eine Millionenmetropole.

Wir wollen das Vertrauen der Bürger in die Möglichkeiten einer verlässlichen Politik für die Zukunft Berlins erneuern, indem wir unsere Versprechen konsequent in die Tat umsetzen werden. Wir bejahen die Vielfalt unterschiedlicher Religionen, Kulturen, Nationalitäten, Lebensweisen und sexueller Orientierungen. Diese Vielfalt ist dann eine Bereicherung und Kraftquelle für Berlin, wenn jeder auf andere Rücksicht nimmt und Toleranz zeigt. Wo das nicht geschieht, muss der Bürger geschützt werden. Toleranz und die Durchsetzung des Rechts sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Wir werden keine rechtsfreien Räume in Berlin dulden.

Und wir wollen, vor allem, eine Politik umsetzen, die die Bürger unserer Stadt zusammenbringt und eint, um die Herausforderungen einer sich im Umbruch befindenden Gesellschaft gemeinsam zu bewältigen. Wir wollen im Interesse der breiten Mehrheit der Bürger handeln, die hart arbeitet, die Gesetze achtet, ihre Steuern zahlt und die Unzufriedenheit über einen Senat spürt, der keine Antwort auf ihre Probleme gefunden hat. Wir wollen für ein Berlin kämpfen, in dem jede Berlinerin und jeder Berliner sich wieder finden kann und an dessen Zukunft alle teilhaben können.

Für eine neue Politik

Heute steht Berlin nach fünf Jahren rot-roter Politik vor dramatischen Problemen und Herausforderungen:

- Eine erdrückende Arbeitslosigkeit. Über 300.000 Berliner suchen Arbeit, die Zahl der Industriebeschäftigten ist mittlerweile auf unter 100.000 gesunken.
- Seit vier Jahren befindet sich die Berliner Wirtschaft im Abstieg. Mit 0,1 Prozent Minuswachstum 2005 steht Berlin in der Rangfolge der Bundesländer an vorletzter Stelle.
- Eine stark ansteigende Verschuldung. Rot-Rot machte 20 Milliarden Euro Neuschulden und steigerte damit in nur fünf Jahren den Schuldenberg von 40 auf 60 Milliarden Euro.
- Defizite in der Bildungs- und Schulpolitik. In nationalen und internationalen Vergleichstests werden – z. B. bei der Pisa-Studie – hintere Plätze belegt. Aufgrund des vorherrschenden Organisationschaos fallen jährlich 600.000 Unterrichtsstunden aus. Der rot-rote Senat hat den Religionsunterricht de facto abgeschafft und damit die Religionsfreiheit in Berlin unerträglich eingeschränkt.
- Die Innere Sicherheit wird durch zunehmende Kriminalität bedroht. Die Aufklärungsquote sinkt, die Brutalität in der Stadt nimmt zu. Auch an vielen Schulen steigt die Bereitschaft zur Gewalt. In Berlin wurden in den vergangenen Jahren pro 100.000 Einwohner so viele Gewalt-

verbrechen verübt wie in keiner anderen Großstadt unseres Landes: insgesamt 500.000 Straftaten jährlich!

- Anstatt die ethnische und kulturelle Vielfalt der Bevölkerung Berlins als Standortvorteil zu nutzen, hat der rot-rote Senat eine verfehlte Integrationspolitik betrieben. Denn ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft ist nur möglich, wenn wir uns auf gemeinsame Grundlagen des Zusammenlebens verständigen. Dazu gehören an erster Stelle die Werte unserer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung, die Achtung der Würde des Menschen, die Akzeptanz der Gleichberechtigung der Frau und die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache.

Die Probleme Berlins sind nicht ausschließlich, aber in hohem Maße auch das Ergebnis des rot-roten Senats. Berlin wird unter Wert regiert. Die Bilanz des SPD/PDS-Senats ist negativ. Potenziale Berlins bleiben ungenutzt. Das Motto des Regierenden Bürgermeisters „Arm, aber sexy“ ist angesichts der Probleme der Stadt und ihrer Bürger verfehlt und höhnisch.

Es ist nicht gelungen, die Hauptstadt Berlin in Deutschland als nationale Aufgabe und nationale Chance zu positionieren. Berlin benötigt - unabhängig vom Ausgang der Klage des Landes vor dem Bundesverfassungsgericht - die Solidarität von Bund und Ländern. Dazu gehört auch, Berlin endlich zum Sitz aller Bundesministerien zu machen und damit den Regierungsumzug zu vollenden sowie Berlin in seiner Hauptstadtfunction zu stärken.

Nach der Wiedervereinigung wurde die nach dem Berlinhilfegesetz gewährte Berlin-Förderung zu schnell und zu stark – insgesamt um fast 50 Milliarden Euro – zurückgefahren. Darunter leidet Berlin. Aber man wird die Deutschen und ihre Repräsentanten nur dann für ihre Hauptstadt einnehmen können, wenn Selbstgerechtigkeit unterbleibt und die Berliner Stadtpolitik in Bund und Ländern auf Sympathie und Respekt stößt. Hier hat der rot-rote Senat versagt. Rot-Rot hat Berlin nicht sozialer, sondern ärmer gemacht.

Die Zukunft Berlins darf nicht allein auf die Entschuldung des Landes durch den Bund gebaut werden. Berlin braucht ein Programm, um auch aus eigener Kraft wieder an wirtschaftlicher Dynamik zu gewinnen. Derzeit lebt Berlin auf Kosten zukünftiger Generationen. Das ist das Gegenteil von gelebter Solidarität und Gerechtigkeit. Wenn aus Berlin, wo sich die Probleme und Chancen Deutschlands wie durch ein Brennglas konzentrieren, wieder konzeptionelle Ansätze für das Land kommen, wenn

Berlin seinen sichtbaren Beitrag zu Sanierung und Aufschwung leistet, dann wird die Hauptstadt auch die gebotene Solidarität finden.

Trotz aller vorhandenen Probleme ist Berlin liebens- und lebenswert. Dies verdankt unsere Stadt vor allem den Menschen, die hier leben und arbeiten. Es ist der unternehmerischen Initiative Einzelner zu verdanken, dass in Berlin Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Es sind engagierte Eltern, die Kinderbetreuung organisieren, Schulen gründen, Spielplätze erhalten und dadurch ein familienfreundliches Umfeld schaffen. Es sind Unternehmer, die sich für den Erhalt von Kultureinrichtungen in Berlin in erheblichem Umfang finanziell engagieren und damit einen wichtigen Beitrag für die Attraktivität Berlins für Gäste aus dem In- und Ausland leisten.

Berlin lebt vom privaten Engagement seiner Bürger und Unternehmen. Für dessen öffentliche Anerkennung und Würdigung tritt die CDU Berlin mit allem Nachdruck ein. Wir wollen auch in Zukunft Eigeninitiative stärken. Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen für unternehmerisches und bürgerschaftliches Engagement spürbar verbessern, ohne dass sich das Land aus der Verantwortung für die ihm obliegenden Aufgaben zurückzieht. Hierzu zählen insbesondere die Sicherung eines qualitativ hochwertigen Bildungsangebots und der Schutz der Bürger vor Gefahren.

Die CDU verfolgt eine Politik, die den Gedanken der Freiheit und der Eigenverantwortung mit den Leitlinien der Solidarität und der Gerechtigkeit in Einklang bringt. Es geht uns um eine solidarische Leistungsgesellschaft mit bürgerschaftlichem Engagement und sozialer Gerechtigkeit.

Die CDU ist die Partei der Einheit. Wir wollen die Gegensätze zwischen Arm und Reich, Ost und West, Deutschen und Nichtdeutschen in einer gemeinsamen Kraftanstrengung auflösen. Alt- und Neuberliner bieten mit ihren unterschiedlichen Erfahrungshorizonten großartige Chancen und Potenziale für die Entwicklung der Stadt. Wir fordern die Stärkung der Familien und erkennen zugleich die Vielfalt der Lebensformen in Berlin an. Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung, seiner Herkunft oder Religion diskriminiert werden.

Anders als der geschichtsvergessene rot-rote Senat verfügt die CDU über einen funktionierenden Kompass und ein klares Koordinatensystem. Wir bekennen uns zur Demokratie und lehnen jede Form von Diktatur und politischem Extremismus ab. Jeder, der – wie Teile der Linkspartei/PDS – totalitäre Tendenzen verharmlost und Geschichte umzuschreiben versucht, stellt die Werteordnung unseres Staates in Frage. Niemand hat das Recht, sich ohne genaue Kenntnis der geschichtlichen Umstände über andere zu erheben und selbstgerecht fremde Biographien zu verurteilen. Täter dür-

fen sich heute nicht als Opfer gerieren und die Leiden der wahren Opfer des DDR-Staatssicherheitsapparates dürfen nicht verhöhnt, sondern müssen anerkannt werden!

Wir rufen alle Berliner zur Mitarbeit auf. Berlin braucht neue Gründerjahre. Wir sind sicher, dass wir es gemeinsam schaffen.

Berlin kann mehr.

1. Berlin kann mehr – Aufbruch zu Wachstum und Beschäftigung

Rot-Rot ist dafür verantwortlich, dass Berlin die rote Laterne in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung trägt. Berlin hat als einziges Bundesland in den letzten drei Jahren jährlich einen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit erlebt. Beim Wachstum hat das CDU-regierte Saarland 2,7 Prozent geschafft. Dagegen ist die Berliner Wirtschaft um 0,1 Prozent geschrumpft. Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erreicht Berlin nicht einmal die Hälfte des Durchschnitts der Großstädte Frankfurt, Hamburg, Köln und München. Der Gewerbeertrag Berlins ist heute geringer als der Bielefelds oder Münsters. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 18 Prozent und damit mehr als ein Drittel über dem Bundesdurchschnitt, das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner bei der Hälfte des Wertes aller deutschen Großstädte.

Damit wollen wir uns nicht abfinden! Diese Stadt ist nicht schlecht, sie wird nur schlecht regiert. Wir wollen die Potenziale und Chancen der Hauptstadtregion entfesseln. Alle Behörden – auch Genehmigungs- und Finanzverwaltungen – müssen sich als Partner der Unternehmen begreifen – und auch der Menschen, die für diese Stadt etwas leisten wollen. Unser Anspruch und unser Ziel sind, Berlin bis zum Jahr 2016 auf einen Spitzenplatz im Wettbewerb der Regionen um Investitionen und neue Arbeitsplätze zu bringen.

Wirtschaft muss wieder Chefsache werden. Berlin kann mehr.

Rahmenbedingungen für Mittelstand und Handwerk verbessern

Mittelstand und Handwerk sind die treibende Kraft für Innovationen, Arbeits- und Ausbildungsplätze. Sie zu fördern, heißt das wirtschaftliche Rückgrat unserer Stadt zu stärken. Maßnahmen zur Förderung des Mittelstands haben für uns deshalb höchste Priorität.

Konkret bedeutet das:

- die Rahmenbedingungen für die Berliner Unternehmen konsequent zu verbessern. Dazu zählt die Verringerung der Abgabenbelastung, insbesondere der Strom- und Wasserpreise sowie der Gewerbesteuer.
- den Ladenschluss an Werktagen abzuschaffen. Künftig sollen die Bezirke im Rahmen der gesetzlichen Regelungen über zwei verkaufsoffene Sonntage pro Jahr entscheiden können.

- eine mittelstandsgerechte Vergabepolitik der öffentlichen Hand durch die bevorzugte Ausschreibung in Fach- und Teillosten an mittelständische Unternehmen aus der Region sowie die beschränkte Ausschreibung bis zu einem Wert von 300.000 Euro.
- die Selbstverpflichtung des Landes zur Einhaltung von Zahlungsfristen und die Verpflichtung zu Abschlagszahlungen.
- die Weiterentwicklung der Meistergründungsprämie.
- die Auflage eines Liquiditäts- und Kapitalhilfeprogramms speziell für kleine und mittlere Betriebe mit dem Ziel der Stärkung der Eigenkapitaldecke.
- eine Revitalisierung von Berliner Einzelhandelsstraßen durch die Förderung von privatem Standortmanagement.
- die Ausweitung des Beratungsangebots für kleine und mittlere Unternehmen mit den Schwerpunkten Krisenmanagement, Unternehmensstrategie und Unternehmensfinanzierung.

Wirtschaftsförderung mit Konzept

Wirtschaftsförderung muss innovativ sein und immer wieder neue Wege beschreiten. Das Engagement des amtierenden Senates bei der Anwerbung von Investoren ist völlig unzureichend. Unternehmen wandern ab, der Senat schaut tatenlos zu. Chancen und Potenziale unserer Stadt werden nicht genutzt. Wir werden uns engagiert um Investoren und Existenzgründer bemühen und ihnen Perspektiven bieten. Wir wollen eine kraftvolle und kreative Wirtschaftsförderung. Die wichtigste und nachhaltigste Maßnahme zur Steigerung der Wirtschaftsleistung ist die Fusion der beiden Länder Berlin und Brandenburg. Nur eine einheitliche, gemeinsame und auf allen Ebenen abgestimmte Wirtschaftsförderungspolitik kann die Potenziale der Gesamtregion wecken.

Deshalb werden wir:

- uns dafür einsetzen, die Wirtschaftsförderung von Berlin und Brandenburg und die Entwicklung der dazugehörigen Marketingstrategie zusammenzulegen. Wir müssen die Vorteile eines gemeinsamen Auftritts der Wirtschaftsförderungsgesellschaften von Berlin und Brandenburg schneller nutzen. Ein Zusammenschluss sollte schon 2007 erfolgen.
- die Kompetenzen für Ansiedlungen, Bestandspflege, Innovations- und Technologieförderung, Exportunterstützung, Existenzgründungsförderung und Standortmarketing in einer leistungs-

fähigen Gesellschaft zusammenfassen, denn in Berlin gibt es noch zu viele Einrichtungen, die sich mit Wirtschaftsförderung befassen.

- mit der Konzentration auf die Kernkompetenzen ernst machen: In den Bereichen Biotechnologie, Medizintechnik, Verkehrssystemtechnik und Mobilität, Gesundheitswirtschaft, Informations- und optische Technologien sind Synergieeffekte und Hebelwirkungen am größten. Hier müssen die Fördermittel konzentriert werden.
- die Wirtschaftsfördermittel stärker als bisher auf Ansiedlungen und Neugründungen konzentrieren. Heute werden nur 13% der Fördermittel für Gründungen eingesetzt. Diesen Anteil werden wir bis 2009 verdoppeln.
- die neuen Programme der Bundesregierung zur Innovationsförderung systematisch für Berlin nutzen. Durch einen Innovationsschub wird erreicht, dass mehr gut ausgebildete junge Absolventen von Hoch- und Fachhochschulen einen angemessen bezahlten Arbeitsplatz in Berlin finden können.
- den internationalen Charakter Berlins durch die Ansiedlung europäischer Einrichtungen ausbauen. Mit Unterstützung der Bundesregierung wollen wir das geplante Europäische Technologie Institut (EIT) für unsere Stadt gewinnen.
- den Messe- und Kongressstandort durch die notwendige Infrastruktur – unter anderem durch die Modernisierung des Internationalen Congress Centrums (ICC) – fördern.
- Berlin als führenden Medien- und Kommunikationsstandort in Deutschland fördern. Deshalb sind die Ausbildungsinstitute im Medienbereich zu stärken.
- den Tourismus als führenden Wirtschaftsfaktor und Wachstumsmotor Berlins nachhaltig stärken und konsequent ausbauen. Hierzu werden wir unter anderem ein mit der Berliner Wirtschaft abgestimmtes Konzept erstellen, wie künftig mehr Touristen aus dem asiatischen und insbesondere ostasiatischen Raum als Berliner Touristen gewonnen werden können. Dabei können beispielsweise die Auslandsvertretungen von Berliner Unternehmen erstmals als Tourismuswerber für unsere Stadt mitarbeiten, um Kontakte des Landes mit denen Privater mit dem Ziel einer öffentlich-privaten Partnerschaft zum Wohle der Berliner Tourismuswirtschaft aufzubauen.
- die Spitzen der deutschen Wirtschaft ansprechen und für ein Engagement in der deutschen Hauptstadt gewinnen. Es ist eine patriotische Aufgabe, dass die deutsche Hauptstadt künftig besser dasteht als heute.
- die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kontakte zu den osteuropäischen Ländern, schnell wachsenden Schwellenländern wie Indien oder Brasilien als auch Industrienationen

wie den USA nutzen, um Berlin zum zentraleuropäischen Sitz von Unternehmen aus diesen Ländern zu machen. Alle internationalen Kontakte und Städtepartnerschaften sind zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes zu nutzen.

- Investitionswerbung vor Ort betreiben. Berlin muss an wichtigen Orten der Weltwirtschaftsentwicklung (zum Beispiel New York, Peking, Abu Dhabi oder Neu Delhi) präsent sein und für den Standort werben.

Aktive statt reaktive Industriepolitik

Der Abbau von tausenden Industriearbeitsplätzen bei JVC, Reemtsma, Samsung oder CNH belegt die traurige Bilanz rot-roter Industriepolitik. Mit der Übernahme Scherings verliert Berlin sein letztes „Dax“-Unternehmen. Wir wollen keine reaktive Industriepolitik, die wartet, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, um sich dann nachher darüber zu beschweren. Wir wollen die verbliebene Industriesubstanz Berlins aktiv fördern, weil sich moderne Dienstleistungen ohne eine starke Industrie nicht zu einer tragenden Säule der Berliner Wirtschaftsstruktur entwickeln können.

Um das zu erreichen, wollen wir:

- ein Programm zur Sicherung und nachhaltigen Entwicklung der industriellen Substanz der Stadt entwickeln.
- in einen ständigen Dialog mit den Vertretern industrieller Unternehmen treten, um frühzeitig auf Probleme in diesem Sektor reagieren zu können.
- die Vernetzung zwischen Industrie und Forschung vorantreiben, um zukünftig verstärkt neue und innovative Produkte in Berlin produzieren zu lassen. Das Potenzial von Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen ist viel stärker für die Modernisierung der Berliner Wirtschaft und somit für mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu nutzen.
- die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bei der Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen und damit eine schnellere und gezielte Umsetzung zu neuen Produkten und Dienstleistungen.

Abbau von Bürokratie für mehr Wachstum und Beschäftigung

Die Entbürokratisierung und Entlastung vor allem des Mittelstandes muss zu einer permanenten Aufgabe von Verwaltung und Politik werden. Hierzu wollen wir einen Normenkontrollrat, vergleichbar dem erfolgreichen Vorbild in den Niederlanden, einrichten, der sowohl bestehende Rechtsvor-

schriften auf ihre Bürokratiekosten überprüft als auch bei künftigen Rechtsetzungsvorhaben stets konsultiert werden soll. Dieser „Bürokratie-TÜV“ soll aus Vertretern von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik besetzt und direkt dem Regierenden Bürgermeister unterstellt werden.

Darüber hinaus gilt es im Rahmen des Bürokratieabbaus insbesondere folgende Ziele zu erreichen:

- Zu prüfen, ob Gesetze und Verordnungen ganz abgeschafft werden können.
- Genehmigungspflichten soweit wie möglich einzuschränken beziehungsweise zu vereinfachen.
- Gesetze und Verordnungen zukünftig entweder von vorneherein mit einer zeitlichen Befristung oder aber mit einer zwingenden Überprüfungsklausel zu versehen.
- Vor Erlass von Gesetzen und Verordnungen eine umfassende Folgenabschätzung durchzuführen.
- Gesetze und Verordnungen ausführlich hinsichtlich ihrer Notwendigkeit zu begründen.
- Existenzgründer für drei Jahre von Statistikpflichten freistellen.

Wissenschaft und Forschung – Potenziale wecken statt behindern

Jahrelang war Berlin beispielhaft für andere Bundesländer: Hochschulverträge, Globalhaushalte, neue Formen der Erlösbeteiligung - das waren Markenzeichen einer modernen, unionsgeführten Hochschulpolitik, die den Hochschulen mehr Selbständigkeit und Planungssicherheit gegeben hat. Diese wegweisende Politik wurde von Rot-Rot gestoppt. Es kam zu gravierenden Fehlentwicklungen: Eine an dem Wohl der Forschenden, Lehrenden und Lernenden orientierte Politik wurde ersetzt durch eine zentralistische Hochschulbürokratie.

Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Wissenschafts- und Forschungslandschaft kann und muss zu den wichtigsten Standortfaktoren Berlins gehören.

Um die Vorreiterrolle zurück zu gewinnen, wollen wir:

- die Zahl der ausfinanzierten Studienplätze auf mindestens 100.000 erhöhen. Angesichts der angestrebten Bewerberzunahme ist das die Untergrenze.
- die Berliner Universitäten bei ihren Bemühungen um Exzellenz unterstützen, gleichzeitig aber auch die Ausbildung aller Studierenden verstärken. Eine bessere Betreuung der Studierenden

und eine bessere Nutzung des Lehrangebotes sind sicherzustellen, um zu einer Senkung der Studienabbrecherquoten beizutragen.

- ein neues Hochschulgesetz: Die Selbständigkeit und Eigenverantwortung der drei Universitäten wollen wir ausweiten und neue Tarifstrukturen entwickeln. Wir wollen Möglichkeiten echter Selbstverwaltung anbieten und eine Stiftungsuniversität in Berlin realisieren.
- die Einführung von sozialverträglich ausgestalteten Studiengebühren (flankiert durch Stipendien, Studienkredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau), die den Hochschulen zugute kommen.
- die Technologiestandorte Adlershof und Buch ohne Verzögerung weiter ausbauen.
- Unternehmensgründungen aus Hochschulen in einer besonderen Form unterstützen, um lebensfähige Mehrproduktunternehmen zu schaffen, die auf attraktiven Wachstumsmärkten operieren.
- die Zahl der Fachhochschulplätze deutlich erhöhen.
- uns für den Erhalt der bisherigen Standorte der Hochschulmedizin einsetzen. Insbesondere muss die Vorklinik der FU am Standort Dahlem erhalten bleiben.
- international um qualifizierte Studierende werben (Beispiel FU mit Büros in Peking und New York).

Endlich Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

In Berlin sind viele Menschen arbeitslos. Im Februar 2006 waren es über 310.000. Signifikante Verbesserungen sind trotz der zahlreichen wichtigen Maßnahmen der Bundesregierung nicht in Sicht, da der rot-rote Senat durch seine vielen Fehlentscheidungen diese Politik unterläuft. So hat Berlin innerhalb eines Jahres mehr als 14.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren. Viele Arbeitslose sind schon länger als ein Jahr ohne Anstellung. Besonders schlimm ist, dass über 36.000 Jugendliche keinen Arbeitsplatz haben. Gerade junge Menschen müssen das Gefühl bekommen, dass sie gebraucht werden.

Trotz dieser bedrückenden Zahlen hat der rot-rote Senat resigniert und keine Kraft mehr, entgegenzusteuern. Seine erfolgreichen Maßnahmen für mehr Arbeit und Wachstum? Keine! Immer noch wird zu sehr Arbeitslosigkeit finanziert, anstatt reguläre Beschäftigung zu fördern und zu ermöglichen. Wir brauchen mehr Mut und eine neue Politik, gerade beim Einsatz für Gruppen, die es schwer haben, einen Arbeitsplatz zu finden.

Wir ergreifen Maßnahmen:

- Für jugendliche Arbeitslose und Langzeitarbeitslose über 50 wollen wir durch eine wirkungsvolle Entlastung der Arbeitgeber von den Sozialversicherungsbeiträgen neue Perspektiven schaffen. Schätzungen zufolge könnten die Arbeitskosten bis zu 35 % sinken. Auch die öffentlichen Haushalte würden entlastet, da die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge unter den Aufwendungen für das Arbeitslosengeld II liegt („Magdeburger Modell“).
- Die Umsetzung der Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in Berlin ist gescheitert und weder Hilfeempfängern noch Beschäftigten in den Job-Centern zumutbar. Die Job-Center müssen umgehend die erforderliche Personal-, Raum- und EDV-Ausstattung erhalten. Die Hilfesuchenden müssen erfahren, dass Fordern und Fördern zusammengehören.
- Alle arbeitsfähigen, beschäftigungslosen Jugendlichen unter 25 Jahren werden spätestens sechs Monate nach Regierungsübernahme durch die Union eine substantielle Eingliederungsvereinbarung durch ihr Job-Center bekommen. Aus- und Weiterbildung, Sprachmaßnahmen und Qualifizierung haben Vorrang vor der bloßen Unterbringung in vorübergehenden Beschäftigungen.
- In Partnerschaft mit der Wirtschaft ist die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen und die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen zu verbessern.
- Ein CDU-geführter Senat wird gemeinsam mit den anderen Landesregierungen der neuen Bundesländer durchsetzen, dass sinnvolle Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auch für über 50-jährige in Berlin und den neuen Ländern durch die Bundesagentur für Arbeit wieder gefördert werden.
- Zur Bekämpfung der Schwarzarbeit werden wir gemeinsam mit der Bundesregierung und dem Baugewerbe in der Region Berlin-Brandenburg eine fälschungssichere, elektronisch lesbare Chipkarte als Modellprojekt einführen.

Verkehr in Berlin – Mobilität statt Stillstand

Die Verkehrspolitik von Rot-Rot steht für Stillstand und leere Ankündigungen. Für Wachstum und neue Arbeitsplätze ist eine moderne, leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur unverzichtbare Voraussetzung. Mobilität bedeutet Wirtschaftsaufschwung und Lebensqualität!

Das heißt für uns:

- Die Unterhaltung und die Sanierung des bestehenden Straßennetzes hat Vorrang.
- Zwischen den Interessen des motorisierten Verkehrs und den Bedürfnissen von Fußgängern und Radfahrern muss ein gerechter Ausgleich erfolgen.
- qualitativer Ausbau des Straßennetzes zur Entlastung der Verkehrsteilnehmer und Wohnbevölkerung (z.B. Stadtautobahn von Neukölln zur Frankfurter Allee, tangentielle Verbindungen von Hohenschönhausen nach Reinickendorf und von Marzahn nach Adlershof, Durchbindung der Französischen Straße), Schaffung eines modernen Parkleitsystems in den Zentren.
- Sanierung und Weiterentwicklung des S-Bahn- und U-Bahnnetzes (U 5 Alex - Hauptbahnhof, S-Bahn Spandau - Falkensee, S21 Nordring - Potsdamer Platz, Potsdamer Stammbahn, Verlängerung U 7 Rudow - Flughafen Schönefeld).
- Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zum Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) muss mit Hilfe hochrangiger Flughafenexperten das Projekt zügig vorangetrieben werden. Zugleich fordern wir die Anbindung des Flughafens durch die so genannte Dresdner Bahn in Form einer Tunnellösung durch Lichtenrade.
- den Flughafen Tempelhof als City-Flughafen zu erhalten. Wir streben hierfür ein privates Betreiberkonzept an. Damit erhält sich Berlin ein attraktives Alleinstellungsmerkmal gegenüber allen anderen Metropolen auf dem Kontinent.
- Aufwertung des öffentlichen Nahverkehrs durch mehr Sicherheit, Sauberkeit, Service und stabile Fahrpreise.
- ein modernes Bahnkonzept, das die Bedingungen für den Fernverkehr (Osteuropa, Verbindung Berlin - Erfurt - Nürnberg) ebenso verbessert wie die dezentrale Bahnstruktur in Berlin - einschließlich Bahnhof Zoo - sichert.

Rekordverschuldung stoppen – Haushalt konsolidieren

Berlin ist völlig überschuldet. Am Ende einer Legislaturperiode des wirtschaftlichen Niedergangs ist die Verschuldung der Stadt bis auf fast 60 Milliarden Euro gestiegen, von denen Rot-Rot in den letzten fünf Jahren 20 Milliarden angehäuft hat. Sparen sieht anders aus. Zur Haushaltskonsolidierung gibt es keine vertretbare Alternative.

Aber es gibt auch andere Gründe: Neben Wachstumsschwäche und hoher Arbeitslosigkeit ist auch der schnelle Rückzug des Bundes aus der Berlin-Förderung in den 90er Jahren Ursache der Berliner Haushaltsnotlage.

Die kommende Wahlperiode steht im Zeichen der Haushaltskonsolidierung. Aber Konsolidierung erfordert mehr als Kürzung mit dem Rasenmäher. Gerade ein Bundesland mit Rekordverschuldung muss gezielt investieren, Verwaltung modernisieren und Prioritäten für Wachstum und Beschäftigung setzen. Ohne eine nachhaltige wirtschaftliche Belebung können die Einnahmen des Landes Berlin nicht erhöht werden und die Sanierung der Finanzen nicht gelingen.

Das sind die Elemente unserer Finanzpolitik:

- Wir unterstützen das Klageverfahren des Landes Berlin beim Bundesverfassungsgericht zur Feststellung der Haushaltsnotlage. Unabhängig von dem Klageverfahren werden wir mit dem Bund über eine faire Übernahme der hauptstadtbedingten Kosten verhandeln.
- Notwendig ist ein auf viele Jahre angelegter Hauptstadtakt zwischen Bund, Ländern und Berlin. Es muss zu einer solchen Vereinbarung mit dem Ziel kommen, Berlins Haushalt bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts zu konsolidieren. Der Hauptstadt-Pakt muss eine faire Vereinbarung sein, die es Berlin ermöglicht, auch in den kommenden Jahren in Zukunft zu investieren, damit die Stadt auch morgen leben kann.
- Verstetigung der öffentlichen Investitionsausgaben bei 1,8 Milliarden Euro jährlich.
- Nutzung von öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP-Modellen) für mehr Investitionsimpulse.
- Die Ausgaben für bauliche Unterhaltung im Hoch- und Tiefbau werden jährlich um 5 % erhöht und so bis 2009 auf ein Volumen von 520 Millionen Euro angehoben. Der derzeitige Verfall der öffentlichen Infrastruktur und der Bausubstanz ist das Gegenteil von nachhaltiger Finanzpolitik.
- Aufhebung des Straßenausbaubeitragsgesetzes.
- Wir werden ein Beteiligungsmanagementgesetz verabschieden, das eine wirksame Steuerung und Führung der landeseigenen Beteiligungen ermöglicht.
- Durch neue gesetzliche Regelungen wird die persönliche Haftung für Misswirtschaft von Senatsmitgliedern, Aufsichtsräten und Geschäftsführungen bzw. Vorständen öffentlicher Unternehmen verschärft.
- Die vorliegenden Konzepte zur betriebswirtschaftlichen Ausrichtung der Hauptverwaltung werden unverzüglich umgesetzt.

- Privatisierungen von Beteiligungen und Verwaltungsaufgaben werden wir zur Stärkung des Standorts und zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen verwenden.
- Im Jahre 2010 wird ein unionsgeführter Senat einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen. Dies bedingt, dass nicht alles Wünschbare bis dahin auch realisiert werden kann.

2. Leistung, Qualität, Werte – den Schülern eine Zukunft geben

Wir sehen Bildung als Auftrag, dem einzelnen Kind zu helfen, seine Persönlichkeit, seine Fähigkeiten zu entwickeln und es damit zu einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung hinzuführen. Für einen Bildungserfolg ist eine gute familiäre Erziehung und Betreuung im frühen Kindesalter das Beste. Leider wird die Familie in nicht wenigen Fällen diesem Anspruch nicht mehr gerecht. Die Schule muss durch einen guten Unterricht, eine Unterrichtsgarantie, gut ausgebildete Lehrer und moderne Lehrmaterialien allen Schülern die besten Bildungschancen bieten. Akzeptanz und Wertschätzung der Schule und der Lehrer innerhalb der Gesellschaft müssen erhöht werden.

Die letzte PISA-Studie hat erneut ein eklatantes Bildungsgefälle in Deutschland gezeigt. Berlin liegt auch bei dieser Studie in allen Bereichen im bundesdeutschen Vergleich im unteren Drittel.

Die Bilanz der Schul- und Bildungspolitik von SPD und Linkspartei/PDS in Berlin ist verheerend:

- Der Unterrichtsausfall ist hoch, 600.000 Stunden jährlich – mit stetig steigender Tendenz.
- Mehr als die Hälfte aller Schulanfänger mit Migrationshintergrund haben trotz Besuchs einer Kindertagesstätte keine oder nur geringe Deutschkenntnisse. Das Gleiche gilt für über 10 % der deutschen Kinder. Mehr als 25 % der Schulabgänger in Berlin sind nicht ausbildungsfähig. Mehr als 10 % aller Schüler erreichen nicht einmal einen Hauptschulabschluss; bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind es über 25 %. Die Integration in den Schulen ist gescheitert. Weiterhin entscheidet nichts so sehr über den Bildungserfolg eines Kindes wie seine soziale Herkunft – die größte soziale Ungerechtigkeit unseres Bildungssystems.
- Durch eine nur in Berlin praktizierte Form der so genannten flexiblen Schulanfangsphase werden Kinder in einer Altersmischung von 5 ½ bis fast 9 Jahren in einer Lerngruppe unterrichtet – gleichgültig, ob sie hoch begabt sind, ihnen die Schulreife fehlt, sie kein Deutsch können, sonderpädagogischer Förderbedarf besteht oder ob sie normal und altersgemäß entwickelt sind. Das überfordert die Schulanfänger. Sie brauchen feste Lerngruppen und Bezugspersonen, aber keinen ständigen Wechsel und Unruhe. Dies überfordert die Lehrkräfte, die mit extrem unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der Kinder umgehen müssen.
- Alle Horte für Grundschüler werden unter unzureichenden räumlichen und personellen Bedingungen in die Schulgebäude gepresst. Die Mittel aus dem Bundesprogramm für Ganztagschulen werden unsachgemäß verwendet.

- In vielen Schulen herrscht der Notstand: Computer veraltet, Toiletten nicht nutzbar, die Gebäude in einem erbärmlichen Zustand – hier kann kein Kind gut und gerne lernen.
- Schulleitungen und Lehrkräfte werden stark belastet durch hektische und unprofessionell durchgepeitschte Reformen, durch Bürokratie und enge Kontrollen.
- Viele Jugendliche sind orientierungslos und besitzen keine aus den Werten des Grundgesetzes gespeiste kulturelle Identität. Gewalt und Disziplinlosigkeit in den Schulen verstärken sich. Jugendhilfe und Schule arbeiten nur ungenügend zusammen.
- Die Vielfalt im Schulwesen mit leistungsfähigen Gymnasien, Real-, Haupt- und Gesamtschulen will Rot-Rot zu Gunsten eines Einheitsbreis von Gemeinschaftsschulen bis Klasse 8 oder gar Klasse 10 abschaffen. Dabei sind leistungsfähige Kinder in den 5. und 6. Klassen der Grundschule schon jetzt unterfordert, leistungsschwache Kinder meist überfordert.
- Das Schulgesetz vom 1. Februar 2004 löste mit Vorklassen und Eingangsstufe Bewährtes auf und zeigte sich verantwortungslos durch Abschaffung der Berufsschulpflicht.

Die Schul- und Bildungspolitik in Berlin muss sich wieder auf Leistung, Qualität und Werte besinnen! Die Berliner Schulen müssen an die Spitze! Das Ergebnis von PISA 2009 wird dafür ein Maßstab sein. Die Erfolge der Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt können hier Vorbild sein.

Bildung neu denken – für eine Kultur der Verantwortung

Es geht in Berlin um eine neue „Kultur der Verantwortung“: Verantwortung übernehmen für sich selbst - im Sinne des Vorrangs der Eigenverantwortung. Verantwortung übernehmen für die Mitmenschen – gelebte Solidarität im Geiste des Miteinanders. Verantwortung übernehmen für unser Gemeinwesen und für das Gemeinwohl. Verantwortung übernehmen für die Zukunft nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit.

Der Auftrag der Schule muss erweitert werden. Wir wollen:

- die Stärkung und Durchsetzung von Leistungs- und Anstrengungsbereitschaft.
- die Vermittlung und Förderung von Grundtugenden wie Fleiß, Ehrgeiz, Höflichkeit, Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und Pflichtbewusstsein.
- die Entwicklung von Identität mit der Heimat, mit Deutschland und mit Europa sowie ihren christlich-abendländischen Grundlagen und die Identifizierung mit den Werten des Grundgesetzes und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Bildung als eigenes wesentliches Politikfeld und Schwerpunkt der Landespolitik zu begreifen, bedeutet auch die Wirkung der Bildungspolitik über ihren ureigenen Bereich hinaus auf andere Politikfelder zu würdigen und zu fördern. Dies betrifft die Bedeutung guter Schulen und Universitäten als Standortfaktor für die Wirtschaft ebenso wie die soziale Bedeutung durch den partizipativen Charakter der Bildung. Dabei ist auch die Wirkung der Bildungseinrichtungen für die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu steigern.

Reformen mit Augenmaß – unsere Ziele für Schüler und Lehrer

Wir wollen Vorfahrt für Schule und Bildung im Landeshaushalt. Deshalb fordern wir:

- eine Unterrichtsgarantie für unsere Schüler. Dies muss auch für „Deutsch als Zweitsprache“ gelten. Daher lehnen wir die Streichung von Lehrerstellen wegen des Schülerrückgangs ab.
- die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Schulen. Dazu gehört:
 - das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm fortzusetzen und die Mittel zweckgebunden in die Bezirke zurückzugeben. Vordringlich ist an vielen Schulen ein Programm zur Sanierung der sanitären Einrichtung.
 - die Sicherung einer ausreichenden Zuwendung an die Schulen für Lehr- und Lernmittel. Die PC-Ausstattung der Schulen muss ständig verbessert und den sich verändernden technischen Bedingungen angepasst werden. Dafür sollten verstärkt Unternehmen als Sponsoren gewonnen werden.
 - ein Verwaltungsservice zur Entlastung des pädagogischen Personals.

Wir streiten für Werte und Religion in der Schule. Deshalb fordern wir die Einführung eines Wahlpflichtbereichs mit den Fächern Religion oder Ethik/Philosophie. Damit kann auch Islamkunde unter staatlicher Aufsicht erteilt werden.

Wir wollen Leistung, Förderung aller Begabungen und mehr Qualität in der Schule. Deshalb fordern wir:

- ein vielfältig gegliedertes Schulwesen bei großer Durchlässigkeit ohne Sackgassen. Wir wollen keine Einheitsschule. Wir befürworten eine Begabtenförderung durch Ausbau der Möglichkeit

zum leistungsabhängigen Übergang nach der 4. Klasse auf das Gymnasium, die Realschule und die Gesamtschule.

- die Stärkung des Schulleiters durch eine weitgehende Übertragung bzw. den Ausbau seiner finanziellen, personellen und pädagogischen Entscheidungskompetenzen.
- mehr Angebote für fremdsprachliche und bilinguale Schulbildung ab der 1. Klasse bei Einrichtung weiterer Europaschulen mit muttersprachlichen Lehrkräften und Erziehern und Erzieherinnen. Die Europaschulen sind auch an Gymnasien fortzuführen.
- die Stärkung der Hauptschule auch durch Berufsausbildungsmodule bereits in den Klassenstufen 9 und 10. Die Zahl der Abgänger ohne Abschluss muss mindestens halbiert werden.
- die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass die Zahl der Schüler an Schulen in freier Trägerschaft verdoppelt werden kann. Hierzu gehört die Einführung von Zuschüssen für Sachkosten und die vollständige Deckung der Personalkosten. Trotzdem ergäbe sich eine Kostenersparnis für das Land, denn Schulen in freier Trägerschaft sind für die öffentliche Hand preiswerter als öffentliche Schulen. Wir wollen Horte in freier Trägerschaft ermöglichen.
- die Wiedereinführung von Kopfnoten auf den Zeugnissen zum Beispiel für Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Pünktlichkeit.
- höchstmögliche Eigenständigkeit und Eigenverantwortung für die einzelne Schule. Zugleich benötigen wir eine leistungsfähige Schulaufsicht, die in den Schulen präsent und ansprechbar ist, sowie Bildungsstandards und Lehrpläne mit verbindlichem Bildungskanon. Wir befürworten die Überprüfung der Standards in Vergleichsarbeiten und mit zentralen Prüfungen in allen Fächern.
- die Durchsetzung der Schulpflicht. Gegenüber Schulschwänzern gilt das Prinzip `Null Toleranz´. Dazu soll das erfolgreiche „Nürnberger Modell“ auf Berlin übertragen werden. Wenn sich Schulschwänzer und ihre Eltern nicht durch Schulversäumnisanzeigen beeindrucken lassen, muss letztendlich die Polizei diese Schüler in die Schule bringen.
- die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule zu stärken. Jugendhilfe, Sozialpädagogen und Schulpsychologen sollen in der Schule präsent sein. Dadurch wird die wertvolle Arbeit der Schulstationen unterstützt.
- die Professionalisierung der Schulen durch Kompetenzübertragung bei den schulischen Grundentscheidungen von der Schulkonferenz auf Schulleiter und Lehrkräfte unter angemessener Beteiligung von Eltern und Schülern.
- die Stärkung des Schulleiters zur pädagogischen Führung der Schule.

Wir werden die Grundschule reformieren und Leistung und Individualisierung fördern. Deshalb fordern wir:

- Diagnostik und flexible Förderung von Begabungen ab Schulbeginn. In Berliner Schulen müssen Fördern und Fordern Hand in Hand gehen.
- die Einschulung nur bei ausreichenden Deutschkenntnissen. Sollten diese nicht hinlänglich sein, muss es eine Vorklassenpflicht geben. Der sonderpädagogische Förderbedarf ist auch vor Schuleintritt festzustellen. Jahrgangsübergreifenden Unterricht darf es nur auf freiwilliger Basis geben.
- Leistungszeugnisse, d.h. Zensuren, ab der 2. Klasse und Versetzungsentscheidungen ab der 4. Klasse.
- die Wahl der zweiten Fremdsprache zur 5.Klasse und aller weiteren ab der 7. Klasse.
- ein bedarfsorientiertes Angebot an Ganztagschulen mit ausgewiesenen pädagogischen Konzepten. Die erweiterten Unterrichts- und Betreuungszeiten sollten zum Beispiel neben einem Angebot an sportlichen Aktivitäten auch zur musischen Bildung genutzt werden. In Zusammenarbeit mit Musikschulen könnte auch Instrumentalunterricht angeboten werden.

Berufsausbildung stärken

Die Schule kann das Problem der Ausbildungsreife bei den Bewerbern nicht alleine beheben. Aus diesem Grund müssen auch Wirtschaft und Schulen eng zusammen arbeiten, so wie dies bereits an einer Vielzahl von erfolgreichen Kooperationen zwischen Wirtschaft / Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin und Schule der Fall ist.

- Durch verbesserte Rahmenbedingungen werden wir alle Kooperationsmöglichkeiten fördern, die den Übergang von Schule in Ausbildung erleichtern. So unterstützen wir beispielsweise Schülerpraktika in Unternehmen, Berufsorientierung durch erfahrene Ausbildungs- und Personalleiter, Unterstützung von Projekttagen und Projektwochen, die gemeinsam organisiert werden, sowie Arbeitskreise zwischen Unternehmern und Lehrern.
- Viele Studien haben uns gezeigt, dass besonders die mangelnde Ausbildungsreife vieler Schulabgänger ein Ausbildungshemmnis darstellt. Wir werden alles Notwendige dafür tun, den Jugendlichen optimale Rahmenbedingungen zu setzen, so dass sie einen bestmöglichen Start ins Berufsleben haben. Unbeachtet sein darf allerdings auch nicht, dass von vielen Unternehmen eine mangelnde

Motivation der Jugendlichen festgestellt wird, und die Mängelliste bei den „soft skills“ von fehlender Leistungsbereitschaft und mangelnder Motivation angeführt wird. Denn Unternehmen, die immer mehr im internationalen Wettbewerb stehen, müssen auch an ihre Fachkräfte hohe Ansprüche stellen.

- Viele kleinere und mittelständische Betriebe in Berlin kommen ihrer sozialen Verpflichtung nach und bilden aus. Besonders ihnen darf nicht zugemutet werden, dass die Auszubildenden an zwei von fünf Tagen in der Woche in der Berufsschule sind und somit kontinuierlich aus dem Arbeitsprozess gezogen werden. Eine handlungsorientierte, projektbezogene Berufsausbildung ist so nicht möglich.
- Besonders kleinere Betriebe mit weniger als zehn Mitarbeitern haben häufig mit einer unsicheren wirtschaftlichen Perspektive zu kämpfen, die sich dann insbesondere auch auf die zur Verfügungstellung von Ausbildungsplätzen auswirkt. Angesichts dieser Lage müssen wir auch die finanziellen Belange berücksichtigen und werden eine Förderung für erstausbildende Betriebe prüfen.

3. Familie und Kinder bedeuten Zukunft

Familie ist überall dort, wo Erwachsene und Kinder füreinander Verantwortung tragen, und zwar unabhängig davon, ob Kinder in einer klassischen Vater-Mutter-Kinder Familie, in Patchworkfamilien oder bei allein erziehenden Elternteilen aufwachsen. Familien- und Jugendpolitik sichert die Zukunft der Stadt. Die Verbesserung der Lebensbedingungen für Familien, Kinder und Jugendliche ist daher für die CDU ein strategisches Schwerpunktthema. Familien mit Kindern müssen das deutliche Signal erhalten: In dieser Stadt sind Familien und Kinder erwünscht!

Familien- und Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld

Unabhängig von der Vielfalt familiären Zusammenlebens steht die CDU für Familie als sozialem Netz, in dem Kindern Werteorientierung vermittelt und generationsübergreifend Solidarität gelebt wird, die im Kern staatlich nicht geregelt werden darf und kann. Dennoch kann der Staat die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien verbessern. Für die CDU ist Familienpolitik ein eigenständiges wichtiges Politikfeld und keine Randaufgabe.

Hierfür wird die CDU:

- die Zuständigkeit für Familie, Frauen und Jugend in einer Senatsverwaltung zusammenzufassen, die auch in ihrer Bezeichnung Familienpolitik äußerlich sichtbar wahrnimmt. Die bisher unkoordinierte Wahrnehmung der Familienpolitik in unterschiedlichen Senatsverwaltungen verschleudert Ressourcen und vernachlässigt die Bedeutung der Familien- und Jugendförderung für Berlin.
- in den Bezirken Familienbeauftragte einsetzen, die auf die Umsetzung familienfreundlicher Verbesserungen hinwirken sollen. Familienfreundlichkeit bedeutet Bürgerfreundlichkeit.
- im Internet ein Familienportal einrichten, das umfassend über Angebote, Initiativen und Dienstleistungen zur Familienförderung und Jugendhilfe informiert. Dazu gehört unter anderem eine Datenbank über Kindertageseinrichtungen (Kita) mit einer Übersicht aller relevanten Informationen.
- „Feuerwehr“-Kinderbetreuungseinrichtungen für familiäre Notfälle zur Betreuung in Krankheitsfällen einrichten.

- ein Familienforum auf Landesebene durchführen, das im Gespräch mit Partnern aus Politik und Wirtschaft, den Verbänden und freien Trägern Leitideen für eine zukunftsorientierte Bevölkerungs- und Familienpolitik in Berlin entwickelt.

Im Bereich der Familien- und Jugendpolitik sind stärker als bisher die Besonderheiten in den Bezirken zu berücksichtigen.

Hierfür wird die CDU:

- die Bezirke nach ausgewählten Familienfreundlichkeitsfaktoren untersuchen. Auf dieser Basis sind Entwicklungspotenziale und Handlungsfelder in den unterschiedlich aufgestellten Bezirken zu erschließen und das Klima für Familien zu verbessern.
- die Bezirke bei der dringend notwendigen Sanierung von Kinderspielplätzen unterstützen.
- die lokalen Bündnisse für Familie auf Bezirksebene aktiv fördern und weitere Bezirksbündnisse gründen. Die CDU hat sich immer zur Bürgergesellschaft und zur Verantwortung des Einzelnen in ihr bekannt. Insofern setzt die CDU familien- und jugendpolitisch auch in Berlin auf die Idee und Umsetzung der lokalen Bündnisse für Familie.

Kinderbetreuung ausbauen und qualitativ verbessern

Berufliche Chancengleichheit für Frauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind als zentrale Bestandteile der Familienförderung zu behandeln. Damit kommt einer bedarfsgerechten und qualitativ guten Kinderbetreuung eine Schlüsselrolle zu.

Hierfür werden wir:

- die Regelöffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen ausdehnen. Für die Zeit nach 16.00 Uhr, am Samstag und in der Zeit der Schulferien fehlen zurzeit gute und ausreichende Angebote. Daher sind über die Regelöffnungszeiten hinaus Betreuungsmodelle zu entwickeln, die insbesondere den Bedürfnissen allein erziehender Elternteile Rechnung tragen.
- die Kinderbetreuungszeiten in den Einrichtungen flexibilisieren. Neben einer verbindlichen Grundbetreuungszeit sind flexible, auch stundenweise zu buchende Kinderbetreuungsangebote

zu schaffen. Durch die Flexibilisierung entstehen Kostenvorteile, die zur Ausdehnung der Regelbetreuungszeiten genutzt werden können.

- die Betreuungsangebote für unter Dreijährige verbessern. Qualitativ gute Betreuungsmöglichkeiten für diese Altersgruppe spielen eine wesentliche Rolle für die nachhaltige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere die Tagespflege ist als ergänzende Form der flexiblen und bedarfsgerechten Betreuung auszubauen.
- die Zusammenarbeit zwischen den Trägern und Unternehmen verstärken. Modelle einer anteiligen Mischfinanzierung durch das Land Berlin, Unternehmen und Eltern sind auf ihre Umsetzbarkeit ergebnisoffen zu prüfen und gegebenenfalls auch zu realisieren.
- eine neue Qualitätsoffensive für die Kinderbetreuung starten und das Bildungsprogramm umsetzen helfen. Die Kita ist die erste Bildungseinrichtung einer Bildungskarriere. Sie bereitet nicht nur auf die Schule vor, sie legt die Grundlagen für den weiteren Bildungserwerb. Kindertagesstätten sollen aber nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern die jeweiligen sozialen, kulturellen und religiösen Erfahrungen einbeziehen und respektieren. Um Qualität zu garantieren, müssen Kitas mit ausreichendem Personal ausgestattet sein.
- Maßnahmen ergreifen, die eine gesunderhaltende Lebensweise als Bestandteil eines pädagogischen Konzepts bereits in der Kita und später in der Schule beinhalten. Hierzu gehören altersgerechte Speisen, pädagogisch geschultes Personal, gezielte Wissens- und Praxisvermittlung sowie besonders zertifizierte Caterer.
- die Kostenbeteiligung für die Kinderbetreuung senken. Die Schwelle zur Nutzung der Kita muss möglichst niedrig sein. Die CDU strebt daher schrittweise die völlige Kostenfreiheit der Kinderbetreuung an. Gemeinsam mit der Bundesregierung und den anderen Ländern wollen wir ein Finanzierungskonzept erarbeiten, um zukünftig den kostenlosen Besuch einer Kita zu ermöglichen.
- den Übertragungsprozess fortsetzen. Freie Träger wurden bereits aus den Horten gedrängt, nun droht ein Stopp des Übertragungsprozesses. Die Kita-Eigenbetriebe werden ohne dauerhafte Zuschüsse des Landes nicht auskommen, ein Wettbewerb zwischen freien Trägern und diesem öffentlichen Träger ist damit ausgeschlossen. Wir plädieren für die Auflösung der Eigenbetriebe und die Fortsetzung des Übertragungsprozesses.

Familienfreundliche Arbeitswelt fördern

Angesichts der schlechten Wirtschaftslage und der geringen Zahl von neu angesiedelten Firmen in Berlin hat der rot-rote Senat bisher den Standortfaktor Familienfreundlichkeit sträflich vernachlässigt.

sigt. Die CDU wird dem Thema Familienfreundliche Arbeitswelt einen neuen Schub geben, indem sie Berliner Unternehmen, Verbände (wie z.B. Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer) und private Anbieter von Kinderbetreuung an einen Tisch bringt.

Hierfür wird die CDU in Berlin:

- unter Beteiligung von Wirtschaftsverbänden und Kammern einen Wettbewerb für Unternehmen ausloben, die sich durch familienfreundliche Arbeitsbedingungen in besonderer Weise auszeichnen. Dieser Wettbewerb sollte landesweit in den Kategorien große, kleine und mittelständische Unternehmen durchgeführt werden.
- sich dafür einsetzen, dass das Land Berlin als öffentlicher Arbeitgeber selbst auf die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen hinwirkt.
- eine Koordinierungsstelle schaffen, die in Zusammenarbeit mit den Kammern, überbetrieblichen Unternehmensverbänden und Trägern der Arbeitsvermittlung die Beratung und Qualifizierung von Berufsrückkehrerinnen fördert und zugleich die Personalentwicklung und Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen innerhalb der Verbundbetriebe unterstützt.

Besserer Schutz von Kindern und Jugendlichen

Im Jahr 2005 stieg die bekannte Anzahl der Kindesmisshandlungen in Berlin um 18,6% im Vergleich zum Vorjahr. Gleichzeitig nahmen die registrierten Fälle von Verletzungen der Fürsorgepflicht um 23,13 % zu. Es geht uns um jedes einzelne Kind, das im Zweifelsfall auch vor den eigenen Eltern geschützt werden muss: Kinderschutz und Kindeswohl müssen im Zweifelsfall Vorrang haben.

Die Berliner CDU wird daher:

- ein Netzwerk Kinderschutz und Prävention schaffen, an dem alle Ämter, die mit Kinder- und Jugendarbeit befasst sind, die Schulen und die Polizei zu beteiligen sind. Es darf nicht sein, dass ein Amt von Problemen Kenntnis hat und das andere Amt nicht informiert wird. Wesentlicher Bestandteil des Frühwarnsystems sind verbindliche Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung, um gesundheitlichen Schäden, Vernachlässigungen und Misshandlungen vorzubeugen. Kinderärzte, die Anzeichen für Kindesmisshandlung oder Kindesvernachlässigung feststellen, müssen

hierüber das zuständige Jugendamt informieren, damit die betroffenen Familien sofort gezielt angesprochen und beraten werden können.

- die Maßnahmen der aufsuchenden Familienarbeit ausbauen. Psychosozial hoch belastete Familien sind rechtzeitig anzusprechen und zu beraten. Hierfür ist das Modell der Familienhebamme oder Kinderkrankenschwester nach dem Vorbild nordischer Länder auch in Berlin umzusetzen, wonach werdende Mütter und ihre Kinder über Jahre begleitet werden.
- sich besonders der Lebenssituation jugendlicher Eltern annehmen und Maßnahmen zur Prävention von Schwangerschaften Minderjähriger ergreifen. Dazu gehört eine Anleitung zu eigenverantwortlicher Lebensführung etwa in Zusammenarbeit mit Schulen und der Agentur für Arbeit sowie eine frühzeitige Sexualerziehung durch Pädagogen mit besonderen Qualifikationsnachweis.
- Die CDU wird zugleich das Modell von Kinderschutzbeauftragten für Kitas und Grundschulen erproben, die aus dem vorhandenen Personal heraus zu qualifizieren sind. Sie können Anzeichen von Misshandlung und Vernachlässigung frühzeitig erkennen, Erzieher und Lehrer für das Thema sensibilisieren und mit den Jugendämtern verbindlich kooperieren.

Jugendarbeit und Jugendhilfe retten

Der rot-rote Senat hat in dem Bereich der Jugendhilfe in den letzten fünf Jahren rund 200 Millionen Euro eingespart. Die Kürzungen beliefen sich hier auf 40 % und waren damit höher als bei allen anderen Haushaltstiteln. Betroffen sind Familienhelfer, Heime, betreute Jugend-WGs, Krisendienste und die Jugendberufshilfe. In Berlin hat ein bundesweit einmaliger Kahlschlag stattgefunden. Außerdem hat der rot-rote Senat in allen Bezirken insgesamt über einhundert Jugendfreizeiteinrichtungen geschlossen. Dadurch werden die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung stark reduziert, aber auch Bildungschancen im Freizeitbereich verschenkt. Die CDU will diesen Kahlschlag stoppen.

Hierfür werden wir:

- dem Rechtsanspruch in der Jugendhilfe wieder zur Geltung verhelfen. Eltern die eine Hilfe benötigen, müssen diese auch erhalten. Nur so können unabschätzbare Folgekosten für betroffene Jugendliche vermieden werden.
- ein Gesamtkonzept zur Jugendarbeit in Zusammenarbeit mit den Jugendfreizeitstätten, Jugendverbänden, Vereinen und freien Trägern entwickeln. Dazu gehören außerschulische Bildungsan-

gebote und neue Kooperationsformen zwischen Schule und Jugendarbeit im Bereich der Nachmittagsbetreuung. Hierfür müssen Schulen Honorarmittel erhalten.

Demokratische Teilhabe und ehrenamtliches Engagement Jugendlicher stärken

Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Teilhabe der Menschen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das aktive Wahlrecht für die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen auf 16 Jahre abgesenkt wurde, müssen demokratische Spielregeln früh erlernt werden.

Deshalb fordert die Berliner CDU:

- die Einrichtung eines Berliner Landesjugendparlaments, das nach den Grundsätzen der repräsentativen Demokratie zu wählen ist. Es soll Anlaufstelle für alle Berliner Jugendlichen sein, Ideen aufnehmen und in den politischen Meinungsbildungsprozess einbringen.
- einmal jährlich soll an allen Berliner Schulen ein Informationstag zum Thema Ehrenämter abgehalten werden. So sollen Jugendliche für die Übernahme von Ehrenämtern interessiert werden. Auf diesem Weg erhalten die Träger ehrenamtlicher Arbeit wie Bürgerinitiativen, Kirchen, Sport- und andere am Gemeinwohl orientierte Vereine Gelegenheit, sich und ihre Arbeit vorzustellen.

4. Das Recht durchsetzen: Null Toleranz

Im Rechtsstaat ist Innere Sicherheit Grundlage für Gerechtigkeit sowie Freiheit und Frieden nach innen. Die Menschen sollen sich in Berlin ohne Angst vor Straftaten und Gewalt zu Hause und sicher fühlen. Innere Sicherheit ist die Voraussetzung für die Lebensqualität unserer Bürger und ein entscheidender Standortfaktor. Ordnungsstörungen und Verwahrlosungen beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und bieten einen Nährboden für Kriminalität. Hiergegen ist frühzeitig und entschlossen vorzugehen.

Berlin nimmt seit Jahren bei der Kriminalitätsbelastung eine traurige Spitzenstellung ein. Auch im Jahr 2005 wurden in Berlin wieder mehr als 500.000 Straftaten begangen. Das Dunkelfeld der nicht erfassten Straftaten wird immer größer. Die sinkenden Personalzahlen und die immer geringere Präsenz der Polizei führen zu einer rückläufigen Kontrolltätigkeit, so dass immer weniger Straftaten entdeckt und verfolgt werden. Hinzu kommt, dass die Kriminalität in Berlin eine ganz andere Qualität angenommen hat: Die Täter gehen immer gewalttätiger, brutaler und organisierter vor.

Viele Delikte werden zu einem hohen Anteil von - oft arbeitslosen - jungen Männern nichtdeutscher Herkunft begangen. Sie stellen das eigentliche Problem in der Gewaltkriminalität der Stadt dar. Ihre Beteiligung an Gewalttaten nimmt stetig zu, zuletzt um 10 % gegenüber dem Vorjahr. Bei Tötungsdelikten, schweren Sexualdelikten, Raub und gefährlichen Körperverletzungen beträgt der Anteil der Täter ohne deutsche Staatsangehörigkeit 33 %. Hiervon waren 40 % jünger als 21 Jahre. Vielfach werden Gewaltdelikte aus der Gruppe heraus begangen. Ursache hierfür sind fehlende Bindungen und ein ganzes Bündel gesellschaftlicher Fehlentwicklungen.

Berlin ist ein Zentrum für Organisierte Kriminalität in Deutschland. Dabei nehmen Geschäfts- und Wohnungseinbrüche neben Wirtschaftsstraftaten, dem Rauschgifthandel und -schmuggel, der Verbreitung von Falschgeld sowie dem Menschenhandel und der Zwangsprostitution einen breiten Raum ein. Mitglieder von türkischen und arabischen Großfamilien beispielsweise beherrschen weite Bereiche des Drogen- und Waffenhandels.

Im Bereich der Rauschgiftkriminalität gibt es neben den hohen Fallzahlen insbesondere deswegen Grund zur Besorgnis, weil immer weniger Taten entdeckt und immer geringere Mengen an Drogen beschlagnahmt werden. Die Dealer betreiben ihr Geschäft mittlerweile völlig ungeniert in Parks, in der U-Bahn und auf öffentlichen Straßen.

Dies ist möglich, weil die Polizei von der nicht zu rechtfertigenden Sparpolitik des rot-roten Senats in einem Maße betroffen ist, dass sie die Erfüllung ihrer Kernaufgabe, nämlich der Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung, nur noch sehr begrenzt wahrnehmen kann. Dies zeigt sich zum einen in der Jahr für Jahr sinkenden Aufklärungsquote bei den bekannt gewordenen Straftaten, die im Jahre 2005 erneut auf jetzt 47,8 % zurückgegangen ist, aber auch in der mangelnden Präsenz und Bürgernähe.

Rot-Rot spart die Innere Sicherheit kaputt. Folge ist:

- Es gibt immer weniger Polizeibeamte, was zu mangelnder Präsenz im Stadtbild führt, Fußstreifen finden kaum noch statt.
- Die Personalstärken in den Abschnitten und Hundertschaften werden immer geringer.
- Wachen sind vor allem nachts erschreckend schwach besetzt.
- Wegen des seit 2002 geltenden Einstellungsstopps steigt das Durchschnittsalter bei der Polizei immer weiter.
- Dringend benötigte Fachleute im Bereich Daten- und Kriminaltechnik können nicht eingestellt werden.
- Es gibt zu wenig Wachpolizisten für den Objektschutz.
- Einsatzfahrzeuge sind überaltert und können nicht mehr in ausreichendem Maße ersetzt werden.
- Viele Polizeigebäude sind in einem erbärmlichen Zustand, der weder den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch den Bürgern zugemutet werden kann.

Wir wollen energische Gegenmaßnahmen ergreifen, um auch bei strapazierten Haushaltskassen Berlin wieder sicherer zu machen, damit auch hier der Satz Gültigkeit erhält: Wo die Union regiert, leben die Menschen sicherer.

Kinder- und Jugendkriminalität bekämpfen

- Prävention muss so früh wie möglich einsetzen, Wege der Konfliktlösung sind zu vermitteln. Die Erziehung zu rechtstreuem Verhalten muss im Zusammenwirken von der Familie über den Kindergarten, die Schule, den Ausbildungsbetrieben und die Jugendarbeit der Kirchen und Vereine gestärkt werden.

- Bei Straftaten kommt der schnellen Reaktion von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten eine Schlüsselrolle zu: Strafe muss auf dem Fuße folgen. Die Möglichkeiten einer schnellen richterlichen Vorführung (beschleunigtes Verfahren) sind zu intensivieren. Wir wollen erzieherische Maßnahmen als Formen der Sanktion, insbesondere den Täter-Opfer-Ausgleich und die Schadenswiedergutmachung, stärker nutzen und weiter auszubauen.
- Heranwachsende zwischen 18 und 21 handeln – von wenigen Ausnahmen abgesehen – wie Erwachsene und müssen auch so bestraft werden. Das Erwachsenstrafrecht muss daher der Normalfall, das Jugendstrafrecht der Ausnahmefall sein.
- Die Behandlung straffällig gewordener Jugendlicher ist zu verbessern, etwa durch Einführung eines „Warnschussarrests“, durch Fahrverbote und die Einführung von Meldepflichten. Die Höchststrafe im Jugendstrafrecht sollte von 10 auf 15 Jahre angehoben werden. Auch sollte eine Sicherungsverwahrung für besonders gefährliche Täter in der Altersgruppe von 18 bis 21 Jahren in Erwägung gezogen werden. Nach der Regierungsübernahme wird die Berliner CDU entsprechende Gesetzesinitiativen im Bundesrat starten.
- Die geschlossene Heimunterbringung für hochgradig gefährliche und kriminelle Kinder ist im Rahmen erzieherischer und therapeutischer Konzepte auch in Berlin zu ermöglichen, um den Schutz der Allgemeinheit vor dieser Tätergruppe zu gewährleisten.
- Wir fordern darüber hinaus die Herabsetzung des Alters der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre. Einerseits ist der Einsichts- und Reifegrad von Kindern heute durchschnittlich früher erreicht als vor Jahrzehnten, andererseits ist die Ohnmacht staatlicher Institutionen gegenüber Kindern, die schwerste Straftaten begangen haben, durch die Eröffnung strafrechtlicher Möglichkeiten zu beenden. In der Folge sind altersgerechte Vollzugsformen zu entwickeln.

Entschieden gegen Drogen- und Kleinkriminalität

- Drogenkriminalität ist entschlossen zu bekämpfen. Wir wenden uns gegen eine Verharmlosung und Legalisierung so genannter weicher Drogen, die oft nur Einstieg zum Konsum harter Drogen sind.
- Wir werden Drogenabhängigen durch Beratung, Angebote zum Entzug sowie Therapie und Rehabilitationsmaßnahmen helfen, von ihrer Sucht loszukommen. Die Abgabe von Heroin, die Einrichtung von „Fixerstuben“ und die Freigabe oder den Verkauf von Haschisch in Apotheken lehnen wir ab. Drogenhändler müssen mit der vollen Härte des Gesetzes rechnen.

- Wir lehnen die Entkriminalisierung so genannter Bagatelldelikte (z.B. Ladendiebstahl, Schwarzfahren, Besitz kleiner Mengen an Drogen) entschieden ab. Entsprechend dem Grundsatz „Wehret den Anfängen“ ist bereits der Klein- und Straßenkriminalität unmissverständlich und entschieden entgegen zu treten. Neben dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit darf der Schutz des Eigentums als einem Grundpfeiler einer liberalen Gesellschaft nicht vernachlässigt werden.

Konsequente Maßnahmen für ein sicheres Berlin

- Nutzung der DNA-Analyse als Instrument der Strafverfolgung. Wir setzen uns für die Entnahme einer Speichelprobe zum Zwecke der DNA-Analyse und Speicherung in einer zentralen Datei auch gegen den Willen eines Beschuldigten ein.
- Aufnahme des Finalen Rettungsschusses in das Berliner Polizeigesetz, um als letztes Mittel bei Geiselnahmen das Leben des Opfers zu retten und den Polizeibeamten Rechtssicherheit geben.
- Wiedereinführung verdachtsunabhängiger Kontrollen.
- Videoüberwachung kriminalitätsbelasteter Orte; Datenschutz darf kein Täterschutz sein.
- Wiedereinführung des freiwilligen Polizeidienstes, in dem sich Bürger ehrenamtlich für Sicherheit und Ordnung einsetzen und die Polizei und die Mitarbeiter der Ordnungsämter unterstützen.
- Konsequente Verfolgung von Vandalismus, Schmierereien und der Beschädigung öffentlicher Verkehrsmittel sowie entschiedenes Vorgehen gegen die Verunreinigung von Straßen und Plätzen durch Unrat und Hundekot. Allein durch das Graffiti-Unwesen entsteht jährlich allein in Berlin ein Schaden von 50 Millionen Euro. Jede erhebliche unbefugte Veränderung des Erscheinungsbildes einer Sache ist unter Strafe zu stellen.
- Aufbau handlungsfähiger Ordnungsämter, die die Polizei von vollzugsfremden Aufgaben entlasten und wieder für mehr Ordnung und Sauberkeit in unserer Stadt sorgen.
- Ende des Personalabbaus bei der Berliner Feuerwehr und die Modernisierung des dramatisch überalterten Fahrzeugparks der Rettungs- und Notarztwagen. Auch für den Katastrophenschutz müssen Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehren und die Hilfsorganisationen, in denen sich tausende Berliner ehrenamtlich engagieren, angemessen finanziell ausgestattet und unterstützt werden.

Keine Toleranz gegenüber Intoleranz

In zunehmendem Maße sind Straftaten von Rechtsextremisten zu verzeichnen. Sie beschränken sich nicht nur auf bloße Schmierereien, sondern begehen Gewaltdelikte wie Körperverletzung und Landfriedensbruch. Angriffe auf Fremde und Andersdenkende sind keine Seltenheit. Daneben stellen aber nach wie vor die durch zahlreiche Straftaten, vor allem Gewaltdelikte wie Körperverletzung, Landfriedensbruch und Brandstiftung, hervortretenden Linksextremisten eine ständige Bedrohung der öffentlichen Sicherheit in Berlin dar. Die Beteiligung von Linksextremisten an Gewaltdelikten ist etwa drei Mal so hoch wie die von Rechtsextremisten. Zunehmend suchen Rechts- wie Linksextremisten die körperliche Auseinandersetzung mit der Gegenseite, wobei auch hier die Angriffe von Linksextremen die von Rechtsextremen etwa um das Dreifache übersteigen.

Die Bedrohung durch den islamistischen Extremismus und Terrorismus ist weltweit eine der größten sicherheitspolitischen Gefahren für die absehbare Zukunft. Auch Deutschland ist betroffen. Was im März 2004 in Madrid und im Juli 2005 in London geschehen ist, kann ebenso in der deutschen Hauptstadt Berlin passieren. Deutschland ist von einem Ruhe- und Rückzugsraum für islamistische Terroristen zu einem Zielraum für Anschläge geworden.

- Entschlossener Kampf gegen jede Form von Terrorismus, Extremismus, Intoleranz, Hass und Gewalt – ganz gleich, ob die Täter aus links-, rechts- oder ausländerextremistischen Motiven handeln.
- Bündelung der Sicherheitsbehörden des Bundes (Bundesnachrichtendienst, Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz) in Berlin zur effektiven Bekämpfung terroristischer Gefahren.
- Für den Fall, dass die Polizeikräfte des Bundes und der Länder aufgrund einer extremen Gefahrenlage, z.B. bei einer terroristischen Bedrohung, nicht in der Lage sind, einen ausreichenden Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten, muss auch ergänzend ein Einsatz der Bundeswehr auf gesicherten Rechtsgrundlagen im Rahmen des Heimatschutzes möglich sein.

Mehr Sicherheit durch eine Stärkung der Justiz und einen besseren Strafvollzug

- Das Kaputtsparen von Rot-Rot trifft die Justiz ebenso wie die Polizei. Folge des Stellenabbaus bei einer ständig steigenden Anzahl von Verfahren ist, dass diese später beginnen und ihre Dauer weiter zunimmt. Die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte sind an der Grenze ihrer Belastbar-

keit angekommen, immer häufiger müssen Verfahren insbesondere im Bereich der kleinen und mittleren Kriminalität aus "verfahrensökonomischen Gründen" eingestellt werden. Hier sind energische Gegenmaßnahmen nötig.

- Die Errichtung einer neuen Haftanstalt, ohne die es auf Dauer zur vorzeitigen Entlassung von Gefangenen aus Kapazitätsgründen kommen kann, was der Kapitulation des Rechtsstaates gleich käme.
- Übernahme von Aufgaben im Bereich des Strafvollzuges durch private Unternehmen; nicht hoheitliche Aufgaben können von kostengünstigeren privaten Anbietern wahrgenommen werden, soweit dies ohne Qualitäts- und Arbeitsplatzverlust möglich ist.
- Umsiedlung der Sexualstraftäterambulanz Tegel an einen anderen Ort, der im Hinblick auf eine eventuelle Gefährdung der Berliner Bevölkerung weniger problematisch ist.
- Keine Ausweitung des Offenen Vollzugs, da sie keine geeignete Maßnahme zur Entlastung des Berliner Strafvollzuges darstellt. Strafe darf nicht ihren Sanktionscharakter verlieren. Der Schutz der Allgemeinheit ist beim Offenen Vollzug besonders bei Straftätern im Bereich der Sexual- und Gewaltdelikte zu berücksichtigen.
- Konzentration der Justiz auf die Kernaufgabe Rechtsprechung .
- Umfassende Vereinheitlichung der Verfahrensordnungen, der Rechtsmittel und der Fristen für alle Gerichtszweige.
- Förderung der außergerichtlichen Streitschlichtung in jedem Stadium eines Verfahrens.

5. Ein lebendiges und solidarisches Berlin

Berlin – das ist Vielfalt. Urbanes Leben, jeder so, wie er es gerne mag. Diese Buntheit ist ein positives Markenzeichen unserer Stadt, das die CDU erhalten und ausbauen will:

- Die vielen Stadtzentren sind mit nachhaltiger Standortpolitik zu stärken und weiterzuentwickeln. Die CDU Berlin setzt auf bürgerfreundliche, moderne Stadtzentren, in denen sich die Vielfalt des Lebens mit Wohnen, Arbeit und Freizeit widerspiegeln.
- Die CDU fordert eine Stärkung der Einzelhandelsvielfalt und die Entwicklung stadtverträglicher Einzelhandelszentren. In diesem Zusammenhang sind die Stärkung von Standortgemeinschaften, insbesondere in den Ortsteilzentren - zum Beispiel über die Einführung von Business Improvement Districts (BID) - zu fördern und wohnungsnaher Einkaufsmöglichkeiten zu sichern.
- Neben der Entwicklung des zentralen Bereiches vom Kurfürstendamm über Potsdamer Platz bis zum Alexanderplatz muss endlich wieder das Prinzip der dezentralen Stadtentwicklungspolitik, die alle zwölf Berliner Bezirke berücksichtigt, im Mittelpunkt stehen.

Grüne Stadt an der Spree

Die Entwicklung und Pflege von Grünanlagen, Waldflächen, Naturschutzbereichen und Wasserlagen bildet sowohl die Grundlage für Wohn- und Lebensqualität als auch den Rahmen für den Werterhalt von Grundstücken sowie für die Schaffung von Standorten für Investitionen.

Deshalb will die CDU Berlin die „Wohlfühlfaktoren“ Grün und Wasser stärken, indem

- ein „grünes Leitbild“ entwickelt wird, das die `natürliche Attraktivität´ Berlins vermarktet.
- die Chancen für die Förderung und den Ausbau des Wassertourismus - auch durch die Nutzung von EU-Fördermitteln – vollständig genutzt werden.
- die Bezirke wieder in die Lage versetzt werden, eine Grünflächenpflege zu betreiben, die den Berlinern saubere, nutzbare und ansehnliche Grünflächen schafft.
- die Sauberkeit von öffentlichen Anlagen (Parkanlagen, Spielplätze, Uferbereiche etc.) ein wichtiges politisches Ziel wird, das durch die bessere Zusammenarbeit von BSR, Grünflächenämtern und mittelständischen Gartenbaubetrieben sowie durch verstärkte Förderung bürgerschaftlichen Engagements (z.B. Baum- oder Spielplatzpatenschaften) sowie durch Partnerschaften von Bür-

gern, Firmen oder Vereinen, auch für Park- und Grünflächen oder Straßenabschnitte erreicht wird.

- die Berliner Wirtschaft gebeten wird, sich mit beispielhaften Maßnahmen auch für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum einzusetzen.

Berlin bleibt Mieterstadt!

SPD und Linkspartei/PDS verunsichern mit ihrer unüberlegten Privatisierungspolitik Mieter und Wohnungsunternehmen gleichermaßen. Menschen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, dürfen nicht zum Spielball eines linken Senats werden, der Wohnungen als bloßes Mittel zum Stopfen von Haushaltslöchern begreift.

- Berlin wird auch in den kommenden Jahren überwiegend eine Mieterstadt bleiben. Ein ausreichendes Angebot an guten und bezahlbaren Mietwohnungen muss gesichert bleiben. Dazu brauchen wir handlungsfähige städtische Wohnungsunternehmen, die eigenverantwortlich und marktgerecht tätig sein können. Einen Ausverkauf der städtischen Wohnungswirtschaft darf es nicht geben. In Ausnahmefällen kann eine Privatisierung von Teilwohnungsbeständen vor allem zur finanziellen Stärkung der städtischen Wohnungsgesellschaften unter Beachtung des Mieterschutzes sowie der städtebaulichen und wirtschaftlichen Auswirkungen notwendig sein.
- Ein wesentlicher Teil der erzielten Erlöse muss in den Gesellschaften verbleiben, denn sozialverträgliche Bestandsinvestitionen und Ersatzneubauten tragen dazu bei, dass die Wohnungsbestände heutigen Qualitätsanforderungen entsprechen und damit auch dauerhaft vermietbar bleiben.
- Die CDU Berlin will stabile und sozial ausgewogene Bewohnerstrukturen in allen Stadtteilen. Die Schaffung und deren Erhalt sind Grundvoraussetzung für eine positive Stadtteilentwicklung. Hierzu gehört auch die Durchführung von Stadtteilmanagement und Stadtteilumbaumaßnahmen in der ganzen Stadt.

Wohneigentum: Perspektive für Familien mit Kindern

Unter Rot-Rot haben vor allem junge Familien keine echte Perspektive, in der Stadt und in der Nähe ihrer Arbeitsplätze Wohneigentum zu bilden. Das Ergebnis ist eine völlig unnötige Stadtfucht, die zu täglichen Pendlerströmen führt, die weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll sind.

- Für die CDU Berlin bleibt die Eigentumsbildung ein zentrales Ziel der Wohnungs- und Sozialpolitik. Selbstgenutztes Wohneigentum macht nicht nur unabhängig von Mietpreisentwicklungen, sondern ist ein wichtiger Aspekt für die private Altersvorsorge.
- Berlin hat die Aufgabe, seinen Bürgern ausreichend bezahlbares Bauland zur Verfügung zu stellen.
- Die CDU Berlin wird vor allem jungen Familien mit Kindern die Möglichkeit geben, wieder in der Stadt verstärkt Wohneigentum sowohl im Neubau, aber vor allem auch im Bestand zu bilden. Die künftige Zuständigkeit von Berlin für die Wohnungsförderung im Zuge der Föderalismusreform eröffnet dafür neue Möglichkeiten.

Stadtbaukultur

Der rot-rote Senat verantwortet eine jahrelange Blockade um den Wiederaufbau historisch wertvoller Stadtsubstanz, anstatt nach Wegen zu suchen, moderne Architektur und notwendige Stadtreparatur im neuen Berlin zu vereinen.

- Die CDU Berlin bekennt sich zu Erhalt und Pflege der Baukultur in Berlin. Baupolitik ist für uns gleichzeitig Kulturpolitik. Wir wollen eine lebendige Stadt mit einer modernen und repräsentativen Architektur, die nicht nur eine Weltausstellung zeitgenössischer Stadtarchitektur ist, sondern gleichzeitig auch Chancen für die jungen Architekten in dieser Stadt eröffnet.
- Innovative Architektur, moderne Stadtgestaltung, aber auch die Zeugnisse großer Baukunst der Jahrhunderte begeistern nicht nur die Berliner, sondern auch ihre Gäste. Im neuen Berlin hat auch das historische Berlin seinen festen Platz. Hierzu gehören der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses mit historischer Fassade sowie die Bauakademie Schinkels.

Innovative Politik für ältere Menschen

Berlin wird bunter, aber auch älter. Vor allem der demographische Wandel fordert von einer modernen Wohnungspolitik neue Schwerpunkte und kreative Lösungsansätze, die Rot-Rot nirgends erkennen lässt. Während andere Bundesländer seit Jahren zukunftsfähige, altersgerechte Wohnangebote entwickeln, bleibt es bei SPD und Linkspartei/PDS bei Lippenbekenntnissen.

- Das Ziel der Berliner Union ist es, älteren Menschen solange wie möglich das selbstständige und selbst bestimmte Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen.
- Dringend notwendig sind daher die vermehrte Schaffung altersgerechter Wohnangebote vor allem durch barrierearme Modernisierung der vorhandenen Wohnungsbestände, aber auch durch die Förderung neuer Wohnformen, wie gemeinschaftliche Wohnprojekte, Mehrgenerationenwohnen, Gruppenwohnungen mit ambulanter Betreuung sowie kleinerer stationärer Pflegeeinseineln, die in das Wohnquartier integriert sind.
- Mit diesen abgestuften Angeboten kann der Wunsch älterer Menschen nach einem Verbleib in ihrem vertrauten Wohnumfeld deutlich erleichtert und ein Umzug in eine stationäre Pflegeeinrichtung vermieden werden.
- Im Hinblick auf die zunehmende Zahl hoch betagter Menschen mit Demenz fordert die CDU Berlin die Modernisierung bestehender Pflegeheime und die Integration neuer Betreuungs- und Pflegekonzepte.

Darüber hinaus fordert die Berliner CDU:

- Die Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes mit folgenden Schwerpunkten:
 - Wahl der Seniorenvertretungen,
 - Einsetzung eines Seniorenbeauftragten, der direkt dem Regierenden Bürgermeister unterstellt ist,
 - Stärkung der Anhörungsrechte zu seniorenpolitischen Fragen in den entsprechenden Parlamentsgremien und Einbeziehung in alle Fragen, die die ältere Generation in Berlin auf Landes- und Bezirksebene betreffen.
- Die Einführung eines „Senioren-TÜVs“ – d.h. die Überprüfung aller politischen und Verwaltungsentscheidungen und ihre Auswirkungen auf die Lebenssituation von Seniorinnen und Senioren in Berlin.
- Die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Fördergelder für den Auf- und Ausbau von Mehrgenerationenhäusern sollen unter Einbeziehung von Senioren- bzw. Familienbeauftragten in den Bezirken konsequent in Anspruch genommen werden.
- Die Weiterentwicklung der seniorenpolitischen Leitlinien in Abstimmung mit den Berliner Seniorenvertretungen und Seniorenverbänden.
- Die Implementierung eines Arbeitsmarktprogramms für Menschen ab 50.
- Die Stärkung der Senioren-Selbsthilfe.

- Die Stärkung des Verbraucherschutzes für Seniorinnen und Senioren
 - mehr und bessere Informationen über Qualität von Dienstleistungen, insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich,
 - Stärkung der Patientenrechte,
 - Personelle Stärkung der Heimaufsicht und mehr Kontrollen in Pflegeheimen,
 - Ausbau und Verbesserung des seniorengerechten Wohnens sowie eines seniorengerechten Wohnumfeldes.
- Die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“ in der nächsten Legislatur. Anhand der Ergebnisse dieser Enquete-Kommission ist die Seniorenpolitik im Land Berlin weiterzuentwickeln.

Frauen- und Gleichstellungspolitik der CDU

Gleiche Chancen für Frauen und Männer in Beruf, Familie, Politik und Gesellschaft durchzusetzen, ist nach wie vor eine Aufgabe, die es in allen Politikfeldern zu verwirklichen gilt. Deshalb bleibt für die CDU die Frauen- und Gleichstellungspolitik eine Querschnittsaufgabe.

Wir wollen ein Berlin,

- in dem sich Frauen und Männer ihre Aufgaben partnerschaftlich und fair teilen und die Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen durchgesetzt wird.
- in dem der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Förderung in der Berufswelt gegeben ist.
- in dem Frauen und Männer gleiche Chancen zur Einstellung und zum Aufstieg im Beruf haben sowie
- die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer gelebt werden kann.

Die in Berlin entstandene frauenspezifische Infrastruktur will die CDU bedarfsgerecht erhalten und insbesondere solche Projekte und Maßnahmen unterstützen, die der beruflichen Förderung von Frauen, der Frauengesundheit sowie der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen.

Im Bereich der Frauen- und Gleichstellungspolitik ist für die CDU die Anti-Gewalt-Arbeit von besonderer Bedeutung. Wir wollen diese Arbeit weiter fortsetzen und den Schutz von Frauen und Mädchen verstärken vor

- sexuellem Missbrauch,
- häuslicher Gewalt,
- Zwangsprostitution und Menschenhandel.

Dieser Schutz muss ebenfalls für Männer und Jungen gelten, wenn sie von Gewalt- und Zwangsmaßnahmen betroffen sind.

Vor dem Hintergrund der in Berlin verübten so genannten `Ehrenmorde´ und anderer Vorkommnisse, die die Menschenrechte von Frauen missachten, tritt die CDU für den Schutz vor allem muslimischer Frauen in Berlin ein und unterstützt alle Maßnahmen zum Verbot von Zwangsheiraten.

Soziale Balance wahren – für aktive Lebenswelten

Unter Rot-Rot ist Berlin nach fünf Jahren Regierungszeit ärmer und perspektivloser geworden. Beispiele hierfür sind die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die Zunahme der Anzahl bedürftiger Menschen, Einsparungen bei der Behindertenhilfe, Kürzung der finanziellen Mittel für die soziale Arbeit der Wohlfahrtsverbände, Kahlschlag im Behindertenfahrdienst und beim Öffentlichen Gesundheitsdienst.

Für uns ist diese Arbeit kein Reparaturdienst an der Gesellschaft, sondern ein wichtiger Bestandteil der Bürgerkultur, den es zu hegen und pflegen gilt und deshalb auch entsprechend finanziell und sächlich zu unterstützen ist.

Wir wollen deshalb:

- eine Politik des sozialen Ausgleiches und der Perspektive, der Prävention und der Hilfe zu Selbsthilfe.
- die ehrenamtliche Arbeit stärken und fördern, z. B. durch gesellschaftliche Anerkennung oder durch eine Ehrenamtskampagne, die ermäßigte Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs und den Eingang des sozialen Engagements in schulische bzw. betriebliche Beurteilungen.

- das Erfahrungswissen insbesondere der älteren Generation nutzen z.B. durch Seniorengutachten – durch Senioren für die Allgemeinheit.
- die Zusammenarbeit und Bündnisse von Leistungsträgern vor Ort, wie z. B. freie Träger, Wirtschaft, Kirchen, Stiftungen usw., zur sozialen Stabilisierung von Kiezen, und setzen auf das Subsidiaritätsprinzip bei den sozialen Angeboten.
- die Vernetzung von sozialen Angeboten. Wir werden Ehrenamt, Selbsthilfe und Freiwilligendienste stärken und dafür in erster Linie die Stadtteilzentren und Nachbarschaftsheime finanziell sichern. Zudem wollen wir ein neues Quartiersmanagement zur Etablierung von Bürgerzentren mit sozialer Managementkompetenz schaffen.
- die Trägervielfalt stärken und die Abgabe staatlicher Aufgaben an freie Träger vorantreiben und ihnen für diese Aufgabenwahrnehmung die notwendige Planungssicherheit (zweckmäßige mehrjährige) Vertragsdauer und Finanzierung sichern.
- rasche Hilfe für Menschen bereits im Vorfeld von Sucht, Verschuldung und Obdachlosigkeit durch entsprechende Präventionsmaßnahmen. Zugleich ist in akuten Notlagen Hilfe zu leisten. Die Sicherung entsprechender Hilfesysteme bleibt deshalb ein besonderes Anliegen.

Die Attraktivität Berlins entsteht vor allem durch seine Vielfalt und die Vielfalt seiner Menschen, die sich hier frei entfalten können. Wir freuen uns über die vielen Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung in der Stadt, von denen sich viele für eine Lebenspartnerschaft entschieden haben. Wir stehen voll zu dem am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Überarbeitungen des Lebenspartnerschaftsrechts. In Übereinstimmung mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stehen wir für weitere Schritte, um die rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu gewährleisten.

Die Identität Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin ist geprägt durch unsere gemeinsame Geschichte, Sprache und Kultur sowie unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Für viele wurde Berlin Heimat, nicht zuletzt für eine große Zahl von deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern. Sie haben ihren Anteil am Aufbau Berlins und bereichern Berlin auch durch die Bewahrung ihrer Kulturgüter.

Die Heimatvertriebenen leisten im sozialen und kulturellen Bereich eine wertvolle Arbeit, die wir würdigen und unterstützen. Für die Integration von Kindern und Jugendlichen, die als Spätaussiedler

mit ihren Familien zu uns kommen, ist das Erlernen der deutschen Sprache besonders vordringlich. Wir werden alles tun, damit das Ziel einer vollständigen Integration erreicht werden kann.

Sport fördern

Sport hat neben Freude an der Bewegung vor allem eine soziale Aufgabe: Junge Menschen lernen Fairness und Teamgeist und das Wettstreifen um gute Leistungen. Senioren bleiben fit, Menschen mit Behinderungen ergreifen die Möglichkeit, sich aktiv am sportlichen und gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Sport hat auch eine große Integrationskraft: Er verbindet Jung und Alt, Menschen mit und ohne Behinderungen, deutsche und ausländische Bürger. Jeder sechste Berliner ist in einem der über 2000 Sportvereine der Stadt organisiert und tausende Ehrenamtliche leisten für den Sport viele Stunden unbezahlter Arbeit. Sport bringt für sie Aktivität, Lebensfreude, Geselligkeit, Gesundheit und Leistungsanreiz.

Aber auch für die Stadt Berlin bringt der Sport großen Prestige-Gewinn. Nationale und internationale Sportveranstaltungen sowie Berlin als Zentrum des Leistungssports bedeuten für die Stadt Sympathiewerbung und stärken die Wirtschaftskraft. Deshalb muss die Kahlschlagspolitik in der Berliner Sportpolitik beendet werden.

Wir wollen:

- Berlin zur Hauptstadt des Sports ausbauen und als Leistungsstandort und Heimat vieler Vereine erhalten. Die Leichtathletik-Weltmeisterschaft im Jahre 2009 in Berlin ist hierzu ein großartiger Meilenstein, der der Sportstadt Berlin zusätzlichen Rückenwind gibt.
- nach dem Erfolg der Fußball-Weltmeisterschaft eine Olympia-Bewerbung Berlins für die Olympischen Spiele des Jahres 2020.
- den Vereinssport fördern - insbesondere auch als Angebote für Kinder und Jugendliche.
- das Sportanlagenanierungsprogramm fortsetzen.
- die kostenfreie Nutzung von Sportanlagen und Bädern für Sportvereine und Sportverbände erhalten.
- dem Gesundheitssport einen höheren Stellenwert verschaffen und
- familienfreundliche Eintrittspreise für Sportveranstaltungen, Bädernutzung und andere Sportaktivitäten.

Berlin muss Gesundheitsstadt werden

Berlin bietet als Standort vieler Gesundheitseinrichtungen einmalige Voraussetzungen, um dauerhaft zukunftsfähige Wachstumsfelder zu erschließen, die der Bevölkerung eine qualitativ hochwertige Versorgung garantieren und den Arbeitsmarkt beleben.

Deshalb will die CDU Berlin zur Gesundheitsstadt ausbauen und

- die stationäre und ambulante Versorgung verbessern, eine stabile Versorgungskette für die Patienten aufbauen sowie sich dafür einsetzen, dass die Ärzteversorgung auch in sozialen Brennpunkten gewährleistet wird.
- sowohl die medizinische Grundversorgung als auch die Spitzenmedizin auf qualitativ hohem Standard sicherstellen. Die landeseigenen Gesundheitsunternehmen Vivantes und Universitätsmedizin in Berlin sollen sich abgestimmt und sinnvoll ergänzen und dabei mehr privates Engagement einbeziehen.
- mehr Gesundheitsunternehmen ansiedeln, um damit den Gesundheitsmarkt Berlin zum Motor für weitere Beschäftigungsmöglichkeiten, wie z. B. im Bereich der Dienstleistungen, der Gesundheits- und Pflegeberufe, der Medizintechnik und Rehabilitation, der Beratungsdienstleistungen und Softwaredienstleistungen, zu machen.
- Berlin als Standort der Gesundheitswissenschaften und Hochschulmedizin stabilisieren und vor allem Forschung, Entwicklung und Produktion in den Bereichen Medizintechnik und Biotechnologie stärken.
- den Export von Gesundheitsdienstleistungen und Gesundheits-Know-How insbesondere nach Osteuropa unterstützen.
- mehr Verbände ansiedeln sowie Gesundheitsmessen organisieren.

Die gleichberechtigte und selbst bestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben muss weiter ausgebaut werden. Dazu wollen wir das Telebussystem wieder stabilisieren, Barrierefreiheit in ganz Berlin schaffen, die Wiedereingliederungshilfe vernünftig organisieren, die Versorgungsangebote für Kinder mit Behinderungen qualifizieren, Einrichtungen mit der erforderlichen Betreuung für Menschen sichern, die allein nicht selbstständig leben können, wie z.B. Schwerst- oder mehrfach Behinderte oder psychisch Kranke.

Der gesundheitliche Verbraucherschutz muss in den Vordergrund der Daseinsvorsorge gestellt werden. Deshalb wollen wir eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, mehr Qualität in der Pflege sowie den Ausbau der Heimaufsicht, mehr präventive Gesundheitsangebote für die unterschiedlichen Zielgruppen, Erhöhung des Durchimpfungsgrades der Bevölkerung, Auf- und Ausbau integrierter Versorgungsketten für chronisch Kranke und Demenzkranke, Stärkung der Patientenrechte sowie die Verbesserung der Lebensmittelüberwachung in Berlin.

Verbraucherschutz

Alle Bürgerinnen und Bürger sind Verbraucher. Sie kaufen Waren aller Art, nutzen die unterschiedlichsten Produkte und Dienstleistungen und schließen Verträge. Sie müssen dabei täglich aus einer Vielzahl von Angeboten das für sie Richtige wählen. Deshalb brauchen sie für sachgerechte und verantwortungsbewusste Entscheidungen insbesondere anbieterunabhängige Informationen, die Orientierung ermöglichen, Eigenverantwortung stärken und ihre Rechte als Verbraucher schützen.

Deshalb will Berliner CDU:

- die Arbeit der Verbraucherzentrale des Landes Berlin stärken.
- dafür sorgen, dass die zuständigen Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämter bessere Arbeitsbedingungen erhalten und nach Möglichkeit in zu bildende bezirkliche Verbraucherschutzzentren eingegliedert werden. In diesen Zentren sollen Bürgerinnen und Bürger, aber auch Vertreter der Berliner Wirtschaft kompetente Ansprechpartner, insbesondere in Fragen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes finden.
- den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort mehr Verbraucherinformationen durch ein Info-Mobil bieten sowie
- den Verbraucherschutz in der Pflege verbessern durch
 - mehr Transparenz und Informationen über den Berliner Pflegemarkt,
 - Stärkung der Heimaufsicht und
 - mehr Qualitätskontrollen stationärer und ambulanter Pflegeangebote.

Vor allem der vorbeugende Verbraucherschutz muss in einer Großstadt wie Berlin wirksam ausgebaut werden. Minderwertige oder verdorbene Lebensmittel bzw. gesundheitsschädliche Gebrauchs-

gegenstände dürfen erst gar nicht in den Handel geraten. Gesundheitliche Gefahren und Risiken für Mensch und Tier müssen rechtzeitig erkannt und verhindert werden. Der Berliner Verbraucherschutz braucht Taten und keine Papiertiger.

6. Neue Wege in der Integrationspolitik

Berlin ist eine internationale und weltoffene Metropole. Hier leben 450.000 Migranten. In Kreuzberg, Neukölln, Tiergarten und Wedding sind über 50 % der Schulanfänger nichtdeutscher Herkunft; in 15 Jahren gilt dies für die ganze Stadt. 40 Jahre nach der Ankunft der ersten Gastarbeitergeneration in Berlin stellen wir fest, dass ein großer Teil der dritten und vierten Generation schlecht integriert ist: Ihr Lebensstandard liegt unter dem Berliner Durchschnitt, der Bildungsstand der Schüler mit Migrationshintergrund ist deutlich niedriger, die Kriminalitätsrate jugendlicher Migranten erheblich höher.

Die rasante, in wenigen Stadtgebieten konzentrierte Zunahme von Migranten, die Spannungen durch Desintegration und Anschläge terroristischer Islamisten weltweit haben zu Ängsten bei vielen Berlinern geführt. In einigen Bezirken haben sich Parallelgesellschaften gebildet. Radikale islamische Gruppen und Vereine erlangen Einfluss auf die Erziehung von Kindern und Jugendlichen.

Integration ist Zukunftsaufgabe

Die Integration der hier lebenden Migranten, aber auch zahlreicher jugendlicher Spätaussiedler, ist eine Zukunftsaufgabe dieser Stadt. Dazu gibt es keine Alternative. Integration bedeutet Anpassung an die deutsche Gesellschaftsordnung, ohne dabei auf die eigene Religion, Kultur, Sprache und Identität zu verzichten, soweit sie nicht der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland widersprechen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der dauerhaft hier lebende Migranten gleiche Bildungs-, Ausbildungs- und Berufschancen haben wie die Berlinerinnen und Berliner deutscher Herkunft. Um dies zu erreichen, müssen wir das Eigeninteresse von Migranten an ihrer Integration in die deutsche Gesellschaft nachhaltig fördern und fordern.

Es gilt Abschied zu nehmen von den multi-kulturellen Träumen linker Politik. Die politische Linke verwechselt ungehinderte Zuwanderung mit verantwortungsvoller Zuwanderungspolitik. Eine Integration der neuen Mitbürger spielte und spielt für sie kaum eine Rolle. Damit hat sie selbst das Scheitern des Multikulti verursacht. Zu lange wurden Menschenrechtsverletzungen wie die Unterdrückung von Frauen verharmlost, kulturelle Unterschiede unterschätzt oder Schleuserkriminalität in Kauf genommen. Zugleich ist uns bewusst, dass Deutschland und Berlin Zuwanderer benötigen.

Wir leben in Berlin, in Deutschland. Deshalb sind die deutsche Verfassung, das deutsche Recht und die deutsche Sprache die Grundlage für das Zusammenleben. Jeder, der dauerhaft bei uns leben will, muss den in Deutschland geltenden Werte- und Ordnungsrahmen - Toleranz und Gewaltverzicht, die weitgehende Trennung von Kirche und Staat und die Gleichberechtigung von Mann und Frau - verinnerlichen und bejahen.

Wer diesen Grundkonsenses nicht anerkennt, kann und darf nicht bei uns bleiben! Es geht um eine neue Trennlinie in der Gesellschaft: Der Gegensatz liegt nicht zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, sondern zwischen rechtschaffenen Bürgern einerseits und Kriminellen und Extremisten andererseits. Wir wollen gemeinsam gegen alle vorgehen, die Verfassung und Recht brechen oder meinen, man könnte in Berlin eine Parallelgesellschaft bauen. Dafür wollen wir in der Integrationspolitik neue Wege gehen.

Arbeit integriert

Der Erwerbsarbeit kommt bei allen Integrationsanstrengungen eine zentrale Rolle zu. Arbeitslosigkeit und dauerhafte Armut gefährden wie kein anderer Missstand die Eingliederung in die Gesellschaft. Zahlreiche Migranten sind wirtschaftlich erfolgreich. Jedoch befinden sich in Berlin viele Ausländer mit ihren Familien in einer schwierigen Situation. Oftmals fehlt es an der erforderlichen Qualifikation für den Eintritt in den Arbeitsmarkt. Wir fordern deshalb:

- Einerseits sind dauerhaft hier lebende Ausländer so zu qualifizieren, dass sie den Weg in den ersten Arbeitsmarkt finden.
- Andererseits ist Zuwanderung nach Deutschland nur noch zuzulassen, wenn sie in den Arbeitsmarkt erfolgen kann. Ausnahmen bilden humanitäre Gründe. Wer lediglich in die sozialen Sicherungssysteme zuwandert, dem sind Leistungen sozialer Sicherung nur in gemindertem Maße oder gar nicht mehr zu gewähren. Das Asylbewerberleistungsgesetz kennt schon heute solche Regelungen. Dieser Ansatz ist weiter auszubauen.

Qualifikation als Grundvoraussetzung von Integration

Integration setzt die Beherrschung der deutschen Sprache voraus. Hier muss der Schwerpunkt aller Bemühungen liegen. Deshalb fordern wir:

- Zuwanderer durch verpflichtende Integrationskurse sprachlich und im Hinblick auf die deutsche Werte- und Gesellschaftsordnung zu schulen. Das gilt auch für Menschen, die schon länger in Berlin leben, sich bislang aber noch nicht integrieren konnten. Wer sich den Kursen entzieht, muss mit Sanktionen bis hin zur Kürzung gewährter Sozialleistungen rechnen.
- den verpflichtenden Schulbesuch von Kindern durchzusetzen. Das gilt für alle Kinder und für alle Unterrichtsfächer. Der Bezug von Kindergeld sollte für alle Berliner an den Nachweis des Schulbesuchs durch eine entsprechende Bescheinigung (Schulbescheinigung) gekoppelt werden.
- an Berliner Schulen und Kindergärten ausschließlich Deutsch zu sprechen.
- einen Sprachtest nach Vollendung des 4. Lebensjahres für alle Kinder. Daraus resultierend ist eine verbindliche Vorschulsprachförderung anzubieten. Schulen in sozialen Randbereichen müssen zu Qualitätsschulen umgewandelt werden.

Imamausbildung in Deutschland

Der Islam kennt verschiedene Richtungen und Strömungen. Zur Förderung eines offenen Islams bedarf es vor allem modern ausgebildeter Imame und Religionslehrer. Die CDU fordert daher:

- eine Imamausbildung an deutschen Universitäten. Die vorhandenen Lehrstühle für Islamwissenschaften an der Freien Universität und an der Humboldt-Universität sind entsprechend auszubauen. Auch die Ausbildung von Religionslehrern muss hier zukünftig angeboten werden.
- den bisher kaum kontrollierten Islamunterricht in Berliner Schulen unter staatliche Aufsicht zu stellen. Dafür ist es notwendig, den Religionsunterricht in Berlin zum ordentlichen Unterrichtsfach im Rahmen eines Wahlpflichtfaches zu machen.

Welcome-Center und Integrationslotsen

Notwendig ist, den Zustrom von Ausländern nach Deutschland sinnvoll zu steuern. Neben der Erfüllung humanitärer Verpflichtungen müssen vor allem auch wirtschaftliche Interessen und Bedürfnisse unseres Landes berücksichtigt werden. Die Umsetzung der durch das neue Zuwanderungsgesetz geschaffenen Möglichkeiten lässt hier noch immer zu wünschen übrig. Unsere Forderungen sind:

- Die unbürokratische Aufnahme benötigter Fachkräfte. Als Anlaufstelle für diese Personen ist ein Welcome-Center einzurichten. Dort soll Hilfestellung bei Problemen im Rahmen der Zuwanderung geleistet werden.
- Außerdem sollten zudem „Integrationslotsen“ den Zuwanderern bei der Eingliederung helfen.

Aufenthaltsbeendigung und Rückkehr in das Heimatland

Ausreisepflichtige Ausländer müssen Deutschland wieder verlassen, sofern dies aus humanitären Gründen zu verantworten ist. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir:

- das geltende Ausländerrecht konsequent anwenden und durchsetzen, wenn nötig auch im Wege der Ausweisung und Abschiebung.
- für die Gruppe der ausreisepflichtigen Ausländer alle Maßnahmen unterlassen, die den Aufenthalt faktisch verfestigen. Zu verzichten ist insbesondere auf die Unterbringung in angemieteten Wohnungen und die Abgabe von Bargeld.
- noch einmal ein abschließendes Programm für eine freiwillige Rückkehr in das Heimatland auflegen. Neben der Übernahme der Reisekosten ist den Rückkehrenden für einen befristeten Zeitraum im Heimatland ein Lohnzuschuss oder ein Übergangsgeld zu zahlen. Entsprechende Kontakte mit Unternehmen und Stellen vor Ort sind aufzubauen. Eine solche Maßnahme schont nicht nur die deutschen Sozialkassen, sondern nutzt den in der Regel wirtschaftlich schwächer entwickelten Herkunftsländern. Die Finanzierung des Programms ergibt sich aus eingesparten Aufwendungen für Sozialleistungen.
- durch Beratung und Betreuung die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise fördern.
- in Berlin eine oder mehrere Ausreiseeinrichtungen zu errichten.

Einbürgerung

Zur erfolgreichen Integration gehört auch die Anerkennung der deutschen Werteordnung. Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ist kein Mittel der Integration, sondern erfolgreicher Abschluss eines Prozesses. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir:

- vor einer Einbürgerung sicherzustellen, dass Bewerber Grundkenntnisse über die deutsche Gesellschafts- und Werteordnung besitzen. Es ist dem Beispiel anderer Länder, z.B. dem der USA, Kanadas oder Großbritanniens, zu folgen und eine für alle Bundesländer einheitliche

„Einbürgerungsfibel“ zu erstellen, die Grundinformationen über die Staats-, Gesellschafts- und Werteordnung Deutschlands enthält.

- Der Inhalt dieser Fibel sollte Grundlage eines verpflichtenden Einbürgerungskurses sein. Der Lernerfolg der Kurse muss über eine Prüfung sichergestellt werden, deren Bestehen Einbürgerungsvoraussetzung wird. Die Prüfung darf wiederholt werden. Aufgrund der hohen Bedeutung sollte der Abschluss der Einbürgerungsverfahren feierlich in einer Zeremonie begangen und mit der Ableistung eines Verfassungseides verbunden werden.

Kampfansage an den extremen Islamismus

Der Islam ist eine große Weltreligion, deren Symbole geachtet werden müssen. Wer aber in Deutschland die Scharia einführen, ein Kalifat errichten oder Hass predigen will, der hat unser Land zu verlassen. Auch hier gilt „Null Toleranz“. Auf Druck der Union wurden daher zahlreiche Möglichkeiten geschaffen, die es nunmehr zu nutzen gilt:

- So genannte „Top-Gefährder“ sollten nach Möglichkeit ausgewiesen werden. Gelingt dies nicht, sollte durch eine Einschränkung der Bewegungsräume, Aufenthaltskontrollen und strafbewehrte Kommunikationsverbote den Sicherheitserfordernissen entsprochen werden. Hassprediger und geistige Brandstifter müssen ausgewiesen werden.
- Im Einbürgerungsverfahren und vor Erteilung einer Niederlassungserlaubnis erfolgt nach neuer Rechtslage eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz.

Ausländerrecht konsequent anwenden

Berlin heißt alle ausländischen Gäste und Mitbürger herzlich willkommen. Wer sich jedoch nicht an die Spielregeln hält, muss damit rechnen, das Land wieder verlassen zu müssen. Die Möglichkeiten des Ausländerrechts müssen auch in Berlin zur Anwendung kommen:

- Die Verfahren der Ausweisung und Abschiebung müssen im einstweiligen Rechtsschutz und Beschränkung auf eine Gerichtsinstanz beschleunigt werden.
- Personen, die falsche Angaben über ihre Identität oder Zugehörigkeit zu extremistischen Organisationen machen, müssen ihr Aufenthaltsrecht verlieren.
- Straftäter, die zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr oder mehr verurteilt worden sind, müssen zwingend ausgewiesen werden.

- Keine Einbürgerung von Straftätern: Nach geltendem Recht haben Ausländer unter Umständen auch dann einen Einbürgerungsanspruch, wenn sie erhebliche Straftaten begangen haben. Die Einbürgerung von Straftätern liegt jedoch grundsätzlich nicht im öffentlichen Interesse.

Integration als Chefsache

Integration muss in Berlin Chefsache sein. Deshalb ist der Integrationsbeauftragte des Landes Berlin direkt beim Regierenden Bürgermeister anzusiedeln. Der Integrationsbeauftragte soll zukünftig einen wieder einzurichtenden ressortübergreifenden Integrationsausschuss leiten.

7. Kulturmetropole Berlin

Berlin ist Kult. Berlin bestimmt den Zeitgeist. Berlin ist die Kulturmetropole: Traditionen und Moderne, museales Weltkulturerbe, zeitgenössische Kunst, Berlinale, Bread and Butter, Kirchenmusik, moderne Oper, herausragende Symphonieorchester, unzählige Galerien, Mode, junge Musik, Karneval der Kulturen, Offszene. Berlin hat eine weltweite Ausstrahlung auf Künstler, junge Leute und Kreative.

Die Berliner CDU weiß um die Bedeutung der Kultur. Die Zukunft kann verantwortbar nur gestalten, wer sich seiner historischen und geistigen Grundlagen bewusst ist. Für die Berliner CDU ist Kultur mehr als ein bloßer Wirtschaftsfaktor, mehr als ein Magnet für Touristen.

Vorrangige Aufgabe der Berliner Politik sind der Erhalt, die Pflege und Förderung einer großartigen kulturellen Substanz. Die CDU Berlin wird sich deshalb allen Versuchen, die finanziellen Mittel für die Berliner Kultur weiter zu kürzen, widersetzen.

Die Berliner Kultur hat eine entscheidende Bedeutung für die Zukunft der Stadt. Die Kulturwirtschaft ist heute mit rund 75.000 Beschäftigten nicht nur ein wachsender Wirtschaftszweig in Berlin, sie ist auch ein Standortvorteil bei der Ansiedlung neuer Unternehmen in der Stadt. Die Berliner CDU will den kulturellen Reichtums Berlins gezielt im internationalen Wettbewerb um die Ansiedlung neuer Unternehmen nutzen.

Berlins Künstlerinnen und Künstler setzen weltweit Maßstäbe. Sie sind eine der Triebkräfte der zukunftsorientierten „cultural industries“, die zum weltweiten Ruf der Stadt beitragen. Noch ist Berlin deshalb ein Magnet für Menschen aus allen Kulturberufen, die nach Berlin kommen, um hier zu leben und zu arbeiten.

Entscheidend wird es darauf ankommen, ob Berlin diese noch vorhandene Attraktivität bewahren kann. Das setzt ein Mindestmaß an intelligenter Strukturpolitik voraus, die daran gemessen werden kann, ob Berlin im Wettbewerb um wenigstens ausreichende Arbeitsbedingungen für Künstler, um Attraktivität für Menschen mit intellektueller und kreativer Qualifikation bestehen kann oder nicht.

Kulturpolitische Schwerpunktsetzung ist deshalb zwingend erforderlich. Dabei geht es um Subsidiarität, um Hilfe zur Selbsthilfe, um Strukturen, die nachhaltiges und kontinuierliches künstlerisches Arbeiten – zum Nutzen aller! – ermöglichen und erleichtern.

Wir wollen Berlins europäische Mittellage nutzen, um den Kulturaustausch mit Osteuropa, mit asiatischen und amerikanischen Ländern zu vertiefen. Schon heute ist Berlin – ähnlich wie in den 20er Jahren – ein Anziehungspunkt geistreicher und kreativer Kräfte aus aller Welt. Sie in Berlin anzusiedeln mit Hilfe von Stipendien, Professuren etc. ist unser Ziel.

Berlin kann allein seine Kultureinrichtungen nicht finanzieren. Wir setzen uns daher bei Bund und den Ländern dafür ein, dass auch weiterhin herausragende kulturelle Einrichtungen Teil der Stiftung Preußischer Kulturbesitz bleiben. Für die Berliner CDU ist es wichtig, dass Kulturstätten blühen können, ganz gleich in welcher Trägerschaft.

Zur Pflege der Berliner Kultur gehört vorrangig die Ausfinanzierung der Berliner Kultureinrichtungen. Es ist nicht hinnehmbar, dass insbesondere die Berliner Theater und die Opernstiftung strukturell unterfinanziert sind. Diese Unterfinanzierung zu beseitigen ist ebenso Ziel wie die Entschuldung einzelner Theater (Maxim Gorki, Schaubühne etc.). Die Berliner Symphoniker müssen wieder in die öffentliche Förderung aufgenommen werden.

Die Berliner CDU ist stolz auf die herausragenden Kinder- und Jugendtheater. Hierzu gehören vorrangig das „Grips-Theater“ und das „Theater an der Parkaue“. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der kulturellen Erziehung der Berliner Kinder und Jugendlichen.

Wir freuen uns über den Beschluss des Deutschen Bundestages, das Berliner Stadtschloss in der Mitte der Stadt wieder zu errichten. Die Neugestaltung dieses zentralen Platzes der Republik ist für eine Nation Chance und Verpflichtung zugleich. Bis 2011 sind ein Finanzierungs- und Nutzungskonzept zu erarbeiten. Mit dem Wiederaufbau des Stadtschlusses wird die historische Mitte der Stadt wiederhergestellt. Daher sollte über die Nutzung des Schlosses nach einer Diskussion mit möglichst vielen Berlinern entschieden werden. Nur dann wird der Platz auch künftig eine hohe Akzeptanz finden.

Die Berliner CDU wird den Kultureinrichtungen der Stadt mehrjährige Zuwendungsverträge in Verbindung mit Zielvereinbarungen anbieten, um diesen Planungssicherheit und Gestaltungsspielraum zu geben. Modell hierfür sind die Hochschulverträge. Die Berliner Kulturlandschaft lebt auch vom

Engagement der Bürger und Unternehmen, für dessen öffentliche Anerkennung und Würdigung wir eintreten. Wir wollen die Eigeninitiative stärken, das unternehmerische Denken im Kulturbereich fördern, die Rahmenbedingungen für private Kultureinrichtungen verbessern. Deshalb dürfen Kultureinrichtungen, die erfolgreich Spenden einwerben, nicht gleichzeitig durch die Kürzung staatlicher Zuwendung `bestraft` werden. Wir wollen internationale Erfahrungen und deren Ergebnisse für Berlin nutzbar machen. Dabei stehen wir Änderungen der Rechtsform (Stiftungen, GmbH) unserer Kultureinrichtungen offen gegenüber, wenn diese für sie wirtschaftlich von Vorteil sind.

Die kulturelle Vielfalt Berlins ist nicht allein mit der Zahl und Qualität ihrer Kultureinrichtungen zu begründen, sondern beruht auch auf ihrer Dezentralität. Berlin hatte stets mehrere wirtschaftliche und kulturelle Zentren. Berlin ist eine Städtelandschaft aus Großstädten mit ganz unterschiedlichen Stadtteilen. Wir setzen uns daher für den Erhalt der unterschiedlichen Kulturstandorte wie z.B. Dahlem, Charlottenburg, Kulturforum und Museumsinsel ein. Aber auch für die anderen Stadtteile muss eine zukunftsweisende Konzeption für den Erhalt ihrer Kulturstätten entwickelt werden. Deshalb machen wir uns auch z. B. für den Fortbestand der Theaterbühnen am Kurfürstendamm oder der Neuköllner Oper stark.

Zum Selbstverständnis Berlins gehört: Wir sind der Ort, an dem sich das Erinnern und Gedenken an die beiden Diktaturen im Deutschland des 20. Jahrhunderts konzentriert. Orte wie das Haus der Wannsee-Konferenz, die Topographie des Terrors, das Jüdische Museum und das Denkmal für die ermordeten Juden Europas gehören zur Erinnerungskultur der Stadt. Nicht nur in Berlin, aber gerade hier wird deutlich: Es fehlt noch immer ein breit verankertes, demokratisches Geschichtsbild für die Zeit der SED-Diktatur. Die CDU Berlin will die Mauer als Symbol der Teilung und ihrer Überwindung sichtbar machen. Wir unterstützen die Gedenkstättenarbeit in Hohenschönhausen und des Museums Haus am Checkpoint Charlie. Deshalb werden wir unser Gedenkstätten-Konzept umsetzen. Wir werden allen Tendenzen entgegenzutreten, die die Leugnung der Unrechtstaten der beiden deutschen Diktaturen in ihren Unterschieden und strukturellen Gemeinsamkeiten zum Inhalt haben.

Wir bekennen uns zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung. Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin durch ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ ein sichtbares Zeichen setzen, um – in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus – an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.

Unser Ziel ist es, das Interesse der Berliner Schüler für die Kultur zu wecken bzw. zu stärken. Wir unterstützen daher deren Besuch von Aufführungen, Ausstellungen und Konzerten. Modelle wie das Projekt „Tusch - Theater und Schule“ oder die Initiative Zukunft@BPhil der Berliner Philharmoniker sind vorbildlich. Daher stärken wir derartige Kooperationen zwischen Schulen und Kultureinrichtungen. Wir fordern den Erhalt musikbetonter Schulen mit besonderer pädagogischer Prägung. Wir werden uns für die Erweiterung des Angebotes an Schulen mit einem besonderen künstlerischen Schwerpunkt Musik, Theater oder Tanz einsetzen. Eine Kooperation mit den Berliner Hochschulen für Musik, Schauspielkunst und Kunst wird initiiert werden. Der Grundstein für die musikalische Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen wird in der Regel durch die Musikschulen in Berlin gelegt. Die seit Jahren steigenden Teilnehmerzahlen beim Wettbewerb „Jugend musiziert“ bestätigen diese große Bedeutung. Wir wollen die Musikschulen auch künftig erhalten und fördern. Berlin besitzt eine außerordentlich vielfältige Bibliothekenlandschaft. Die Förderung des Lesens besitzt nicht nur für die Jugend große Bedeutung. Die CDU will dieses Angebot erhalten.

Die Publizität und Vermarktung der Berliner Kultur im In- und Ausland muss deutlich verbessert werden. Berlin ist eines der wichtigsten Zentren der Musik, des Tanzes und der Theater auf der Welt, ohne dass dies bisher in einem gemeinsamen Auftreten von Orchestern, Opern, Museen oder Ausbildungsstätten sichtbar würde. Mit publikumswirksamen Attraktionen wie der von der CDU eingeführten „Langen Nacht der Museen“ muss bei Berlinern und Touristen das Interesse an dem vielfältigen Berliner Kulturangebot noch weiter verstärkt werden. Diese sollte beispielsweise zur „Langen Nacht der Kultur“ erweitert werden und Theater sowie Orchester miteinbeziehen. Die Berliner CDU wird weiter prüfen, inwieweit Projekte wie die „Lange Nacht der Museen“ international als Projekt veräußert werden können.

Mit Mut und Verlässlichkeit werden wir die Kultur Berlins erhalten und zu einer neuen Blüte führen.

